

Dossier:

Wiederaufbau in Ruanda – dreizehn Jahre nach dem Genozid



© Detlef Pletz

Akrobaten für den Frieden beim
Festival im Jugendzentrum
Kimisagara, Kigali

Der Genozid 1994 in Ruanda bleibt auch heute im Zentrum der Bilder und Informationen über dieses kleine zentralafrikanische Land. Einerseits verzeichnet Ruanda einen eindrucksvollen und raschen Wiederaufbau sowie hohe wirtschaftliche Wachstumsraten. Andererseits ist der Prozess der Wahrheitsfindung und Versöhnung noch längst nicht beendet und das Ziel einer demokratischen und langfristig stabilen politischen Ordnung erreicht. Ruanda darf nicht im Abseits stehen.

Redaktion



Boomendes Kigali

Editorial

Als dem Völkermord in Ruanda rund eine Million Menschen zum Opfer fielen – etwa jeder achte Bürger –, hat die Weltöffentlichkeit weggesehen. Schlimmer noch: Zu Beginn des Mordens verringerten die Vereinten Nationen ihre Friedensstruppe, die eine politische Übergangslösung absichern sollte, anstatt sie zu verstärken. Für die internationale Gemeinschaft ist der Genozid nicht nur ein weiterer Fall der Unfähigkeit, solches Massenmorden zu verhindern. Sie trägt ein hohes Maß an Mitverantwortung. Davon sind besonders die Beiträge von Uschi Eid und Harald Ganns geprägt.

Den Ursachen der Katastrophe versucht dieses Dossier allerdings nicht in erster Linie nachzugehen, sondern der Frage, ob und wie weit der Wiederaufbau des Landes und vor allem der Versöhnungsprozess geglückt sind, oder wenigstens Versöhnung eine Chance hat. Schon allein diese Frage zu beantworten, ist fast unmöglich. Denn allgemein anerkannte Sachverständige dafür gibt es nicht. Die Politik Ruandas ist so polarisiert, dass auch nicht-ruandische Experten davon betroffen sind und oft dem einen oder anderen Lager zugeordnet werden.

Entgegen dieser Polarisierung der ruandischen Politik versucht dieses Dossier, unterschiedliche Sichtweisen zu Wort kommen zu lassen. Der ruandische Botschafter Eugène-Richard Gasana zeigt große Fort-

schritte im Wiederaufbau des Landes. Eine zentrale Frage ist, wie politisch stabil Ruanda geworden ist. Collette Braeckman erkennt eine Wendung von einer interventionistischen Politik Ruandas in der Demokratischen Republik Kongo zu einer heute vorbildlichen regionalen Integration. André Guichaoua hingegen diagnostiziert, ähnlich wie beim vorherigen Regime, starke Tendenzen zu einer autokratischen Herrschaft. Bei den Menschenrechten sieht Sebastian Günther einen steilen Abwärtstrend. Die junge Generation ist jedoch voller Hoffnung, mit Unterstützung internationaler Geber gibt es überall Aktivitäten zur Friedensförderung: Festivals, Friedenskarawanen, Erziehung zum Respekt der Menschenrechte und Gruppen, die sich für Versöhnung engagieren.

Einig dürften sich alle sein: Es darf nie wieder ein 1994 geben und Ruanda darf nicht wieder im Stich gelassen werden.

Hildegard Schürings

Konrad Melchers

Impressum

Dieses Dossier erscheint zusammen mit der Ausgabe 5-2007 von **eins Entwicklungspolitik**. Kooperationspartner ist die Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn.

Herausgeber:

Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V.

Redaktion:

Konrad Melchers (Chefredakteur),
Charlotte Schmitz, Klaus Seitz

Anschrift:

Postfach 50 05 50,
D-60394 Frankfurt/Main,
Tel. 069/58098-138.

Hildegard Schürings hat das Dossier redaktionell betreut.

Übersetzung der Beiträge von Braeckman, Guichaoua, Mujawayo, Ngarambe aus dem Französischen: Claudia Helfer und Hildegard Schürings.

Gestaltung:

Silke Jarick, Angelika Fritsch.

Ruandas erfolgreicher Wiederaufbau

Eugène-Richard Gasana

Sicherheit, starke Regierung, internationale Anerkennung

Eine positive Bilanz des Wiederaufbaus zieht der ruandische Botschafter in Berlin nach dem Genozid von 1994 in Ruanda. **Redaktion**

Die meisten Menschen verbinden mit Ruanda den Völkermord im Jahre 1994. Innerhalb von 100 Tagen kamen über 1 Million Menschen ums Leben. Damit ging dieser Genozid in die Geschichte ein als der brutalste und der schnellste aller Zeiten. Die RPF (Ruandische Patriotische Front) hatte damals den Genozid beendet und bildete danach die Regierung der Nationalen Einheit in Koalition mit anderen politischen Parteien, um die Grundlage für eine neue Zukunft für Ruanda zu schaffen. Es galt ein Land aufzubauen, in dem Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit herrschen. Wir haben deshalb neue Wege der Versöhnung, der Demokratisierung und Dezentralisierung eingeschlagen, wobei die aktive Beteiligung der Bevölkerung im Mittelpunkt steht.

Versöhnungskommission

Das Parlament hat die Kommission für Einheit und Nationale Versöhnung eingerichtet. Die Aufgaben der Kommission bestehen darin, Debatten auf nationaler Ebene zu leiten, deren Ziel die Förderung des Friedens im Herzen des ruandischen Volkes und die Förderung der Einheit und Versöhnung ist. Außerdem sollen alle Ruander über die Menschenrechte und deren Achtung aufgeklärt werden. Die ruandischen Gemeinschaften bilden die Basis der Kommission, alle Schichten der Bevölkerung nehmen bei der Suche nach Möglichkeiten für die Einheit und Versöhnung teil. Die Kommission dient somit als Forum, in dem die Ruander über die Ursachen ihrer Spaltung und Zerrissenheit und über Möglichkeiten zur Festigung der dauerhaften Einheit und Versöhnung des ruandischen Volkes diskutieren können.

Die Bilanz der Arbeit der Einheits- und Versöhnungskommission ist positiv, auch wenn das Problem noch lange nicht endgültig geregelt ist. Der Versöhnungsprozess wird lang und leidvoll, aber für uns Ruander ist er keine Option sondern eine Pflicht. Wir wissen, dass wir Opfer bringen müssen, damit es die nachfolgenden Generationen einmal besser haben.

Gacaca-Justiz

Neben der Nationalen Kommission gibt es in Ruanda die so genannte Gacaca-Justiz. Sie kam Ende der 90er Jahre erstmals in die Diskussion. Die nach dem Genozid stark geschwächte Justiz sah sich ei-

ner Flut von Fällen gegenüber, deren Bearbeitung auf normalem Wege nicht zu bewältigen war. So werden lediglich Hauptschuldige und Planer des Genozids vor dem UN- Kriegsverbrechertribunal für Ruanda mit Sitz in Arusha, Tansania, angeklagt. Für die unzähligen übrigen Fälle wurden die so genannten Gacaca-Gerichte eingerichtet.

Die Gacaca-Justiz hat in der Rechtstradition Ruandas einen festen Platz und ist benannt nach dem Ort der Verhandlung: dem Rasen. Der Streitschlichter ist jemand, der von der Gemeinschaft dazu berufen wurde. Ein Rechtsbruch wird genau wie bei einem anderen Gericht bestraft und/oder wieder gutgemacht.

Dank der Gacaca-Justiz und der Versöhnungskommission sind wir dabei, als Volk wieder zusammenzuwachsen. Aber auch in vielen anderen Bereichen fassen wir wieder Fuß.

Positive Bilanz

Besonders in den letzten vier, fünf Jahren haben wir viel erreicht:

- Die G8-Finanzminister haben im Jahre 2005 für Ruanda einen 100-prozentigen Schuldenerlass in Höhe von 1,1 Milliarden US-Dollar vereinbart. Voraussetzung dafür waren eine gute Regierungsführung, Wirtschaftsreformen und die Achtung der Menschenrechte. Da Ruanda all diese Voraussetzungen erfüllt, ist der Schuldenerlass sofort in Kraft getreten. Das bedeutet nun rund 48 Millionen Dollar pro Jahr, die Ruanda in den nächsten zehn bis 20 Jahren nicht mehr für die Schulden abzahlen muss. Dieses Geld wird für unser Programm zur Reduzierung der Armut eingesetzt, besonders für die Bereiche Bildung und Gesundheit.
- Die ärztliche Versorgung wird zusehends verbessert. Im Gesundheitswesen wurden große Anstrengungen unternommen, um die Qualität des Gesundheitsdienstes zu verbessern.
- Wir haben das erste Fiberoptikkabel in Ruanda verlegt und mit dem Luftverkehrs-Sicherheitsprojekt angefangen – dem Kalisimbi-Projekt.
- Die Einschulungsquote bei den Erstklässlern ist als Ergebnis der neuen Politik gebührenfreier Grundschulbildung auf einem Rekordstand. Es gibt neue Klassenräume, qualifizierte Lehrer und mehr Schulmaterial sind zur Verfügung gestellt.

Alle Schichten der Bevölkerung nehmen bei der Suche nach Wegen und Möglichkeiten für die Einheit und Versöhnung teil.

- Dank großer Anstrengungen in der Privatisierung und Liberalisierung der Märkte in Ruanda ist die Wirtschaft seit 2000 stark gewachsen (2000: sechs Prozent; 2001: sieben Prozent, 2003: 1-3,5 Prozent, 2004: vier Prozent, 2005: 5,5 Prozent).

Diese Fortschritte müssen weiterausgebaut werden. Was wir brauchen, sind Investitionen in unsere Entwicklung, um unsere VISION 2020 zu realisieren. Das Ziel ist, dass Ruanda im Jahre 2020 ein Land mit mittlerem Einkommen wird. Wir reden dabei von einem Brutto sozialprodukt pro Kopf zwischen 785 und 965 US-Dollar pro Jahr.

sein und Handel fördern. Investitionen müssen vor allem in infrastrukturellen Projekten getätigt werden wie zum Beispiel im Bereich der Energieerzeugung, im Straßenbau, in der Informations- und Kommunikationstechnologie, in der Wasserversorgung.

Im Bereich der Bildung darf sich Hilfe nicht nur auf die Finanzierung der primären und sekundären Schulerziehung richten. Ebenfalls wichtig sind unsere weiterführenden Schulen sowie die Berufsausbildung und damit die Unterstützung der Bildung auf breiter Front.

Aufschwung

Ruanda ist mittlerweile ein sicheres Land mit einer starken Regierung. Auch wirtschaftlich gesehen hat sich Ruanda gut platziert, der Absatzmarkt ist fast einmalig. Mit den Nachbarländern eröffnet sich ein Millionenpublikum.

Das ermöglicht der größte Wirtschaftsverband Afrikas: Comesa (Common Market for Eastern and Southern Africa), dem Länder mit einer Bevölkerung von 374 Millionen Menschen als potenzielle Konsumenten angehören. Das Hauptziel der Comesa-Organisation ist die Gründung einer Freihandelszone mit freiem Fluss von Kapital, Investitionen, Waren und Dienstleistungen in einer Zollunion.

Ruanda hat sich in der internationalen Gemeinschaft einen guten Namen gemacht: als aktiver Mitgestalter von NEPAD, der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung. Dabei handelt es sich um ein Entwicklungsprogramm, das 2001 von den afrikanischen Staats- und Regierungschefs beschlossen wurde. NEPAD ist heute das wichtigste Reformprogramm der im Juli 2002 gegründeten Afrikanischen Union (AU), es soll Afrika politisch und wirtschaftlich voranbringen. Ein wichtiger Bestandteil des Programms ist der African Peer Review Mechanism (APRM), ein Verfahren, mit dem die Fortschritte regelmäßig überprüft werden. Dabei beurteilen die an NEPAD beteiligten Länder sich gegenseitig, um Erfolge, Schwachstellen und Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die ersten Staaten, die sich 2003 bereit erklärt haben, den anderen afrikanischen Ländern Einblick zu geben und sich beurteilen zu lassen, waren Kenia, Ghana, Mauritius und Ruanda.

Weiterhin muss betont werden, dass Ruanda stets bereit ist, einen Beitrag zu Frieden und Stabilität auf dem ganzen Kontinent zu leisten. Insbesondere in Darfur. Dort hat Ruanda unter der Schirmherrschaft der Afrikanischen Union einige Truppen, die hervorragende Friedensarbeit leisten. Auch die NATO ist beeindruckt von dem Einsatz ruandischer Truppen in Darfur und wünscht sich dort eine stärkere Zusammenarbeit.

Ruanda ist auf einem guten Weg: Die Demokratisierung schreitet mit großen Schritten voran, aber sie ist ein Prozess und kein Ereignis, das sich von heute auf morgen vollzieht. So haben wir in den letzten 13 Jahren viel erreicht, aber es gibt noch jede Menge zu tun. Wir sind zuversichtlich, dass wir unsere Ziele erreichen.

Ruanda in Zahlen

Fläche: 26.338 km²

Einwohner: 8.128.533 mio.,
67% jünger als 25 Jahre

Hauptstadt: Kigali,
ca. 600.000 Einwohner

Durchschnittseinkommen (2002):
220 US-Dollar

Präsident: Paul Kagame

Premierminister: Bernard Makuza

Zwei-Kammerparlament: 80 Abgeordnete:
48% Frauen, 26 Senatoren

Verwaltung: 4 Provinzen plus die
Hauptstadt Kigali, 30 Distrikte, Unter-
teilung in Sektoren und Zellen

Amtssprachen: Kinyarwanda, Franzö-
sisch, Englisch

Nachbarländer: Tansania, Burundi,

Demokratische Republik Kongo, Uganda

Ländliche Bevölkerung: 85%, davon 95%
von der Subsistenzwirtschaft lebend

7% des Brutto sozialprodukts: Industrie

Hauptexportprodukte: Kaffee, Tee

Alphabetisierungsrate: 64%

Bildungsrate: ca. 2/3 Abschluss der Pri-
marschule, davon 3,5 % nach 6 Jahren
Primarschule in Sekundarschule, an
hochschulische Einrichtungen: 0,4 %.

**Arbeitslosenrate der
Primarschulabgänger:** 61%

**Hoher Anteil an ausländischen Beschäf-
tigten in Klein- und Mittelbetrieben:**

80%, in Hotel und Restaurant: 50%, in
Bildungsinstitutionen: 30-40%

Zusammengestellt von H.Schürings

Budgethilfe

Wir realisieren unsere Vision nur, wenn wir umdenken. Auch die Geberländer müssen umdenken. Entwicklungshilfe darf nicht weiter eingesetzt werden wie in den letzten 40, 50 Jahren. Gelder, die ins Land reinkommen, müssen eingesetzt werden als direkte Budgethilfe, ergebnisorientiert. Die Gelder sollten gezielt für die ruandische Regierungs- und Entwicklungsstrategie verwendet werden, die 2006 verabschiedet wurde. Dort sind Strategien und Vorschläge für eine effektive und effiziente Entwicklungshilfe aufgeführt. In ihr wird deutlich, dass die ruandische Regierung eine zweckgebundene Budgethilfe bevorzugt bzw. eine Sektoren-Budgethilfe im Bereich Bildung und Gesundheit. Wenn das Land selbst entscheiden kann, wie es das Geld am effektivsten einsetzt, wird Entwicklungshilfe sehr erfolgreich sein. Natürlich muss transparent sein, wohin die Gelder gehen, und was damit geschieht.

Ein guter Weg, Ruanda sowie die anderen Entwicklungsländer aus der Armut zu führen, sind vor allem Handel und ausländische Direktinvestitionen. Hilfe, wenn sie gut sein will, muss wachstumsorientiert



Eugène-Richard Gasana

ist seit 2004 Botschafter Ruandas in Deutschland und zuständig für Österreich, Bulgarien, Russland, Ungarn, Polen, Rumänien und die Tschechische Republik. Er studierte Wirtschaft und internationale Beziehungen und war bis 2002 Gesandter Ruandas bei der UNO in Genf sowie weiteren internationalen Organisationen, darunter auch der WTO.

Dem Leben neuen Sinn geben

Esther Mujawayo

AVEGA – der Clan der Witwen

Direkt nach dem Völkermord dachte jede Überlebende, dass sie die einzige ist, die überlebt hat. Und dann, Welch ein Wunder, triffst Du eine Freundin, die auch überlebt hat. Und Ihr beginnt zu sprechen und endlos zu reden. Jede wählte ihre Geschichte als die schlimmste, doch dann entdeckst Du, dass es noch schlimmere Schicksale gibt. Wir haben alle ein schreckliches Gefühl der Leere. Ehemann, Kinder, Eltern, Brüder und Schwestern, Cousins und Cousinen, Onkel und Tanten leben nicht mehr. Du stehst plötzlich wie ein Baum da, der keine Äste mehr hat. Die erste Reaktion ist nicht: Oh Welch ein Glück, dass wir überlebt haben, sondern vielmehr, wir sind dazu verdammt zu leben, ohne sie zu leben, trotz allem zu leben. Aber wer bin ich jetzt? Wer ist da, um mir zuzuhören, mich zu unterstützen, mich zu trösten? Niemand! Oder doch, da ist Deine Freundin, die auch Witwe ist. Sie kann Dich trösten. Sie kann Dir zuhören und Du hörst ihr zu. So entstand der Witwenverband AVEGA.

Aber wir haben nicht nur Tränen zu trocknen. Mit der Ermordung unserer Familien wurden auch unsere Häuser zerstört. Alles wurde geplündert. Die Kühe wurden geschlachtet und aufgegessen. Du bist wirtschaftlich völlig mittellos. Du hast keinen Ort, kein Zimmer, keine Tür, die Du schließen kannst, kein Bett zum Ausstrecken und Beweinen Deines Elends. Das ist die große Herausforderung, die AVEGA in Angriff nimmt, alles wieder aufbauen, fast aus dem Nichts heraus.

Die meisten Überlebenden sind entkommen, weil ihre Peiniger sie als Totgeglaubte inmitten der Leichen zurückgelassen haben. Sie haben schreckliche Schnittwunden am Hals, am Kopf, an den Gliedern etc. Nach und nach entdecken wir eine andere Tragödie: Dass mehr Frauen als Männer überlebt haben, liegt daran, dass man sie am Leben erhielt, um sie als sexuelle Sklavinnen zu benutzen. Drei Monate lang wurden mehr als 80 Prozent der überlebenden Frauen täglich von Tötungskommandos vergewaltigt. Und dann stellen sie fest, dass sie HIV-positiv sind. Wir sind wütend. Wir sagen uns: Warum haben wir den Genozid überlebt, wenn wir später an Aids sterben? Doch nicht nur die physische auch die psychische Gesundheit ist wichtig. Die Überlebenden haben etwas erlitten, gesehen, gefühlt und gehört, was jegliche menschliche Vorstellungskraft übersteigt. Zudem, die letzten Bilder, die wir von unserer Familie haben, sind schrecklich. Wir haben sie nicht beerdigen können. Der Wahnsinn lauert uns auf. Dieses Gefühl muss aus unserem Bauch und unseren Köpfen raus. Maßnahmen, um innerlich heilen zu können, sind dringend notwendig.

Doch die soziale Umgebung ist kaum hilfreich. Die Mörder sind unter uns. Wir kennen diejenigen, die

Ein Sprichwort in Kinyarwanda sagt: „Ntabapfira gushira“, was bedeutet, man rotet kein Volk aus. Ja, selbst bei den schlimmsten Völkermorden gibt es Überlebende. Es gibt Witwen und Waisen. Wer sind sie? Wo und wie leben sie? Dieser Beitrag beschreibt die Herausforderungen einer Witwenorganisation des Völkermordes an den Tutsi, die sich nach dem Genozid zusammengefunden haben, um nach dem Grauen nicht wahnsinnig zu werden, um LEBEN zu können und wieder einer Familie anzugehören: dem Clan der Witwen.

gemordet haben. Es sind unsere Nachbarn, Bauern, Lehrer, Ärzte, Männer, Frauen und Kinder. Es ist äußerst schwierig, irgendjemandem trauen zu können. Auf den Hügeln Ruandas regiert das totale Misstrauen. Es muss Gerechtigkeit geschaffen werden. Ohne Gerechtigkeit gibt es kein Vergeben, keine Trauer und keine Vergebung. Seit 1959, seit dem Beginn der zyklischen Massaker sind die Mörder immer unbestraft geblieben.

Trotz der schier unlösbaren Probleme ist AVEGA aktiv geworden. Wir beginnen mit dem Wichtigsten: Dazu gehören, noch jemand zu sein, dem Leben einen neuen Sinn geben. Wir besuchen viele, wir treffen uns mit Witwen im ganzen Land. Und die größte Herausforderung ist schließlich, uns zu sagen, wir leben, leben und nicht nur überleben. Heute hat AVEGA mehr als 35.000 Mitglieder im ganzen Land. Wir sind eine große Familie geworden. Wir stützen uns in Freud und Leid. Gemeinsam sind wir stark. AVEGA ist zu einer bedeutenden Organisation für Frauenfragen geworden. Wir haben erreicht, dass wir als Witwen etwas wert sind. Das hat einen größeren Einfluss als wir glaubten und hat dazu beigetragen, die Rolle und das Bild der Frau in Ruanda zu verändern. Mittlerweile gibt es überall, in der Politik wie auch in der Wirtschaft, Frauen. Das Familiengesetz wurde geändert. Frauen haben nun das gleiche Recht wie ihre Brüder am Erbe.

Mit dieser neuen Kraft, wieder dazuzugehören und Recht auf Leben zu haben, haben wir mehrere Programme ins Leben gerufen: Das psychosoziale Programm für die mentale und körperliche Gesundheit derer, denen es am schlechtesten geht, das Entwicklungsprogramm sowie das Justiz- und Advocacyprogramm, das in Ruanda und international über die Folgen des Genozids informiert.



© Detlef Pietz

Strafgefangene nehmen an einem Musikwettbewerb der Menschenrechtskommission teil.

Esther Mujawayo

ist Soziologin, Traumatherapeutin und Mitbegründerin der Witwenorganisation.

[www.avega-ruanda.de.vu](http://www.avega-ruanda.de.vu;);
www.avega.org.rw

Veröffentlichungen

Esther Mujawayo, Auf der Suche nach Stéphanie. Peter Hammer-Verlag, Wuppertal 2007, 240 Seiten

Esther Mujawayo, Souad Belhaddad, Ein Leben mehr. Zehn Jahre nach dem Völkermord in Ruanda. Peter Hammer-Verlag, Wuppertal 2005, 337 Seiten

Uschi Eid Unfassbares Versagen

Die Rolle der internationalen Gemeinschaft beim Völkermord



© Detlef Pletz

Die internationale Gemeinschaft trägt eine schwere Mitverantwortung an dem Völkermord in Ruanda, dem von April bis Juli 1994 zwischen 800.000 und einer Million Tutsi zum Opfer fielen. Während täglich zehntausende Menschen starben, haben internationale Akteure nicht nur weggeschaut und die Massenmorde verharmlost, sondern sich aus dem Land zurückgezogen und die Opfer wehrlos ihren Peinigern und Mördern überlassen.

Gedenktafeln des Völkermords, der für die internationale Gemeinschaft keiner sein durfte.



Dr. Uschi Eid, MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, war von 1998-2005 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie G8-Beauftragte des Bundeskanzlers.

Bereits 1993 waren Umfang und Mandat der UN-Mission UNAMIR völlig unzureichend, um das von der internationalen Gebergemeinschaft im August 1993 erwirkte Machtteilungsabkommen von Arusha zwischen der Regierung und der Exil-Rebellenarmee „Ruandische Patriotische Front“ (RPF) abzusichern. Während die Situation immer explosiver wurde, die Regierung aufrüstete, Milizen ausbildete und Hasspropaganda verbreitete, unterrichtete Missionsleiter Dallaire das UN-Hauptquartier in seinem berühmten Telegramm vom 15. Januar 1994 über geheime Waffenlager sowie die Registrierung aller Tutsi, mit der der Völkermord vorbereitet wurde. Doch der damalige Leiter der UN-Abteilung für Friedensmission, Kofi Annan, untersagte jedes Eingreifen. Zum Auslöser für das staatlich organisierte, systematische Abschachten der Tutsi und „gemäßigter“ Hutu, wurde der Flugzeugabschuss am 6. April 1994 durch unbekannte Attentäter, bei dem neben dem burundischen Präsidenten Ntaryamira auch der ruandische Präsident Habyarimana ums Leben kam.

Anstatt den Massakern energisch entgegenzutreten, traf der UN-Sicherheitsrat eine Entscheidung, die den Schutz der Tutsi durch die Blauhelme unmöglich machte, ja mehr noch von den Hutu-Extremisten als „grünes Licht“ für ihr völkermörderisches Treiben interpretiert werden konnte: Am 21. April verringerten

die UN ihre Präsenz drastisch von 2500 auf 270 Mann, nachdem der große Truppensteller Belgien am 12. April nach der Ermordung von zehn seiner Soldaten in Kigali entschieden hatte, sich aus UNAMIR zurückzuziehen. Einzig zur schnellen Evakuierung der Ausländer, nicht aber zum Schutz der gefährdeten ruandischen Zivilbevölkerung, legten die UN das UN-AMIR-Mandat großzügig aus. Westliche Staaten boten bereits drei Tage nach dem Flugzeugabschuss hunderte Soldaten dafür auf. Frankreich brachte seine Verbundenheit mit dem Habyarimana-Regime dadurch zum Ausdruck, dass es blitzartig einige Würdenträger außer Landes brachte.

Völkermord, der keiner sein durfte

Wochenlang bezeichnete die internationale Presse den Völkermord verharmlosend als „interethnische Massaker“ oder gar „Stammeskämpfe“. Dass dies nicht der Wahrheit entsprach, war den unter dem Eindruck des Somalia-Debakels stehenden USA, sowie Frankreich und Großbritannien bekannt, doch sie drückten sich darum, den Völkermord als solchen zu bezeichnen, um entsprechend der UN-Völkermordkonvention von 1948 nicht zum Eingreifen verpflichtet zu sein. Erst nach wochenlangen Massakern entschied der Sicherheitsrat am 17. Mai, UNAMIR auf 5500 Soldaten aufzustocken und mit mehr Kompetenzen auszustatten. Doch die ersten Blauhelme trafen mit zweimonatiger

Verzögerung ein, als die RPF bereits gesiegt und den Völkermord beendet hatte. Diese Fehlleistung und absurde administrative Hürden bei der Entsendung der Mission waren eine zweite moralische Bankrotterklärung der Weltgemeinschaft.

Anstatt zu einem beschleunigten Eingreifen von UNAMIR beizutragen, legte Frankreich mit der „Operation Türkis“ im Juni eine eigene, 2800 Soldaten starke Mission auf. Deren Hauptaufgabe war es, in Südwestruanda eine „humanitäre Schutzzone“ einzurichten, durch die dann auch Verantwortliche des Völkermords, Regierungsmitglieder, Armeemitglieder und Milizionäre vor der heranrückenden RPF in den Ostkongo fliehen konnten. Viele Pressebilder dieser Operation erweckten fälschlicherweise den Eindruck, für die Katastrophe sei die RPF verantwortlich. In den ostkongolesischen Flüchtlingslagern versagte die Weltgemeinschaft ein drittes Mal. Hier wurde versäumt, die Täter zu entwaffnen, die dadurch – unter den Augen der Hilfsorganisationen – neue Angriffe auf das traumatisierte Land organisieren konnten. Wieder blieben Appelle – auch der neuen ruandischen Regierung – zu einem internationalen Eingreifen und zur Sicherung der ruandischen Grenze vor dem ständigen Eindringen der vom Nachbarland aus operierenden Ex-Regierungssoldaten und Interahamwe-Milizen unbeantwortet, so dass Ruanda 1996 schließlich zur Selbsthilfe griff und im Ostkongo einmarschierte. Formal gesehen stellte dies ein völkerrechtswidriges Vorgehen dar, das jedoch auf Grund des unmittelbar zurückliegenden Traumas für viele verständlich war.

Wende in der Entwicklungspolitik

Das offensichtliche Versagen der Weltgemeinschaft während des Völkermords an den Tutsi, aber auch beim blutigen Zerfall Jugoslawiens, führte zu einer Wende in der Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Reformen wurden angestoßen, etwa die Einrichtung von Frühwarnmechanismen oder konfliktpräventiver Instrumentarien. Wichtige Marksteine wurden die vom Brahimi-Bericht aus dem Jahr 2000 ausgehende Weiterentwicklung des Verständnisses von Friedensmissionen und ihrer institutionellen Architektur sowie der Fünf-Punkte Aktionsplan, den der UN-Generalsekretär auf dem Stockholmer Forum zur Genozidprävention im Januar 2004 vorstellte. Schließlich bekannte sich die Staatengemeinschaft im Abschlussdokument des UN-Weltgipfels vom September 2005 zu ihrer Pflicht, Menschen vor Völkermord zu schützen. Auch die Entwicklungskooperation stand vor neuen Herausforderungen und sah sich auf Grund der langen und intensiven Unterstützung des Habyarimana-Regimes mit kritischen Fragen konfrontiert, die ihre gängige Selbstsicht als unpolitisch-technischer Akteur erschütterten. Als Folge davon wandte man sich verstärkt politischen Themen wie „guter Regierungsführung“ oder „Menschenrechten“ zu. Auch etablierten sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre Konfliktprävention und Postkonfliktarbeit als neue spezialisierte Handlungsfelder und Querschnittsaufgaben.

Untersuchungsberichte

Es steht außer Frage, dass die Weltgemeinschaft den Genozid hätte verhindern können – hätte sie den notwendigen Willen dazu aufgebracht. Internationale und nationale Kommissionen haben dieses Versagen untersucht und dabei unterschiedliche Aspekte beleuchtet. Während der UN-Bericht der Carlsson-Kommission von 1999 ein besonderes Augenmerk auf die Rolle der UN legte und Kofi Annan eine schwere Verantwortung zuwies, indem er ihn beschuldigte, den Sicherheitsrat nicht angemessen informiert zu haben, hebt der Masire-Bericht der OAU aus dem Jahr 2000 stärker die Verantwortung der katholischen und anglikanischen Kirche sowie einzelner Staaten hervor. So habe Frankreich seinen Einfluss und die engen Verbindungen zum Regime nicht genutzt, um den Völkermord zu verhindern, und die USA haben innerhalb des Sicherheitsrats ein energisches Vorgehen blockiert. Doch auch afrikanische Staaten hätten sich angesichts des Völkermords auf ihrem Kontinent stärker engagieren müssen. Leider herrschte innerhalb der OAU damals noch das Prinzip der Nichteinmischung, das die Nachfolgeorganisation Afrikanische Union abschaffte.



Präsidentenwahlen 2003, Paul Kagame wird mit großer Mehrheit gewählt.

Stattdessen verabschiedete sie eine neue, völkerrechtswirksame Friedens- und Sicherheitsarchitektur, dank derer Militärinterventionen angesichts eines Genozid heute zulässig sind.

Afrikanische Staaten versuchten im Sicherheitsrat damals, ein entschlossenes Eingreifen zu fördern. Die Friedensmissionen UNAMIR und „Operation Türkis“ unterstützten 18, beziehungsweise sieben afrikanische Staaten, indem sie Soldaten und ziviles Personal zur Verfügung stellten. Bemerkenswert ist, dass sich der südafrikanische Präsident Mbeki bei seinem Besuch in Kigali anlässlich des zehnten Jahrestags des Völkermords bei den Ruandern für das Nichteingreifen seines Landes entschuldigte, es

Einzig zur schnellen Evakuierung der Ausländer, nicht aber zum Schutz der gefährdeten ruandischen Zivilbevölkerung, legten die UN das UNAMIR-Mandat großzügig aus.

aber damit erklärte, dass sich Südafrika 1994 im Übergang vom Apartheidregime zur Demokratie befand, der seiner außenpolitischen Handlungsfähigkeit enge Grenzen setzte.

Trotz zahlreicher Untersuchungen bleibt das schwere Versagen der Weltgemeinschaft beim ruandischen Völkermord letztlich unfassbar. Auch Entschuldigungen internationaler Akteure wie die Kofi Annans im Namen der Vereinten Nationen, der USA oder Belgiens erklären letztlich wenig

und bleiben sehr allgemein gehalten. Die Tatsachen, dass bereits 1995 der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda eingerichtet wurde, dass Ruanda nach dem Genozid starke entwicklungspolitische Unterstützung erhielt, oder dass der 6. April, an dem 1994 der Völkermord begann, 2003 zum internationalen Gedenktag ausgerufen wurde, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Weltgemeinschaft ihr Versagen immer noch nicht ausreichend aufgearbeitet hat.

Gelebtes Millenniumsziel: 25 Jahre Graswurzelpartnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda

von Hanne Hall

2007 feiert die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und der Republik Ruanda ihr 25-jähriges Jubiläum. Sie gilt national und international als Erfolgsmodell der Entwicklungszusammenarbeit. Grundgedanke war von Anfang an eine Graswurzelpartnerschaft, die dezentral und bürgernah organisiert ist. Mit diesem Ansatz konnte das Land Rheinland-Pfalz gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern bis heute nahezu 1400 Projekte in Ruanda verwirklichen und wichtige Bildungsarbeit leisten.

Die Konzeption der Partnerschaft beruht darauf, dass sie von Kommunen und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aktiv getragen wird. Die beiden Regierungen bieten lediglich den Rahmen, um die Zusammenarbeit der Partner vor Ort zu ermöglichen. Die ruandischen Partner schlagen eigenverantwortlich vor, welche Projekte ihnen am dringlichsten und notwendigsten erscheinen, die rheinland-pfälzischen Partner bemühen sich dann darum, die finanzielle und materielle Unterstützung bereitzustellen. Die Partner legten von Anfang an Wert darauf, dass eine Zusammenarbeit 'auf Augenhöhe' angestrebt wurde und keine einseitige Partnerschaft entsteht. Dieser dezentrale und partizipative Ansatz der Entwicklungszusammenarbeit trägt bis heute wesentlich zur Stärkung der lokalen Strukturen in der ruandischen Zivilgesellschaft bei. Darüber hinaus lebt die 25-jährige Partnerschaft das achte Millenniumsziel der Vereinten Nationen vor, welches die Gründung internationaler Partnerschaften vorsieht.

Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit liegen vor allem in den Bereichen Erziehungs- und Gesundheitswesen, Trinkwasser, Sozial-, Jugend-, Frauenarbeit und Infrastruktur. Außerdem konnten Projekte in den Bereichen Handwerks- und Gewerbeförderung, Landwirtschaft und Hochschulzusammenarbeit verwirklicht werden. Bis heute flossen fast 60 Millionen Euro in die nahezu 1400 Projekte, ein Fünftel der Geldmittel haben die Bürgerinnen und Bürger durch Spenden aufgebracht.

Zur reibungslosen und effizienten Durchführung der vielen Partnerschaftsprojekte wurde 1983 der Verein Partnerschaft Rheinland-Pfalz / Ruanda e.V. gegründet, der Aufgaben wahrnimmt, die das Ministerium alleine nicht bewältigen kann. Dazu gehören die Auszahlung der finanziellen Hilfen in Ruanda, Begleitung der Projektplanung, Überwachung der Projektdurchführung und Projektabrechnung vor Ort, der Transport von Hilfsgütern nach Ruanda sowie die Beantragung von Zuschüssen aus Landesmitteln. Die direkte Betreuung der Partnerschaftsprojekte in Ruanda erfolgt durch ein Koordinationsbüro in der Hauptstadt Kigali, das in der Trägerschaft des Vereins steht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros stehen in Kontakt mit den ruandischen Partnern, sie betreuen den Fortgang der



© H. Schürings

Gesundheitszentrum Ruheru:
Durch die Partnerschaft Rheinland-Pfalz und Ruanda wurden 1.400 Basisprojekte gefördert.

Projekte und kontrollieren den Einsatz der Mittel. So wird gewährleistet, dass die Projektgelder, die von der rheinland-pfälzischen Bevölkerung und der Landesregierung aufgebracht werden, bestimmungsgemäß verwendet werden.

Es sind aber vor allem die vielen im Laufe der Jahre entstandenen persönlichen Kontakte und Freundschaften, die die Partnerschaft mit Leben erfüllen und ihren Erfolg ausmachen. Selbst über die schrecklichen Ereignisse des Bürgerkriegs und Völkermords 1994 hinweg hat sich die Partnerschaft bewährt. Eine wichtige Säule der Beziehungen sind die Partnerschaften zwischen rheinland-pfälzischen und ruandischen Kommunen. Heute unterhalten, neben zwölf Vereinen und Stiftungen, 15 Pfarreien, 243 Schulen sowie vier Hochschulen und 50 Kommunen Beziehungen zu ihren ruandischen Partnern. Das unermüdliche Engagement von Bürgerinnen und Bürger unterstützen sie auf administrativer, infrastruktureller und politischer Ebene.

Die Partnerschaft hat in den letzten 25 Jahren nicht nur die Lebensbedingungen vieler Menschen in Ruanda nachhaltig verbessert und vor Ort lokale Strukturen gestärkt. Auch entwicklungspolitische Bildungsarbeit wurde geleistet, und viele Menschen konnten für die Situation in Ruanda sensibilisiert werden. Die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda ist mittlerweile Teil der politischen Kultur beider Länder geworden.

Hanne Hall ist die Leiterin des Referats Entwicklungszusammenarbeit mit dem Partnerland Ruanda im Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz.

Deutsche Doppelstrategie

Harald Ganns

Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren nach 1994

Juli 1994. Ruanda scheint nach dem Völkermord erstarrt, die Hauptstadt Kigali wie ausgestorben. Die neue Regierung richtet sich mühsam ein, in leeren Gebäuden, in denen Plünderer kaum einen Tisch oder Stuhl zurückgelassen haben. Als einer der ersten ausländischen Abgesandten kam der deutsche Botschafter aus Uganda, um die rasche Wiederaufnahme der Arbeit der deutschen Botschaft und der deutschen Hilfsorganisationen vorzubereiten. Knapp zwei Jahre später konstatiert der Afrika-Beauftragte der Bundesregierung: „Deutschland ist heute der wohl wichtigste Partner des neuen Ruanda. Es ist der Geber mit dem umfangreichsten Angebot an bilateraler Hilfe. Die Bundesregierung verfügt in Kigali über erheblichen politischen Einfluss.“

Vorreiterrolle

Was waren die Gründe dieses umfangreichen Engagements für ein kleines zentralafrikanisches Land? Historische Überlegungen spielten eine Rolle: Ruanda war eine Zeit lang Teil Deutsch-Ostafrikas; und die Bundesrepublik hatte sich in ihrer Afrika-Politik zu einer besonderen Verantwortung, einer Art verspäteter Wiedergutmachung gegenüber ihren früheren Schutzgebieten bekannt. Die Geschichte seit der Unabhängigkeit Ruandas 1962 war daher von umfangreicher deutsch-ruandischer Zusammenarbeit geprägt. Gerade bei der einfachen Bevölkerung war dadurch ein hohes Maß an Vertrauen entstanden, das sich über den Regierungswechsel von 1994 hinaus als tragfähig erwies.

Wohl ausschlaggebend für die Entwicklung besonders enger Beziehungen war aber ein geschichtlicher Zufall: Deutschland hatte in der Zeit der neuen Weichenstellungen die Präsidentschaft in der EU inne und fand sich damit in einer Führungsrolle. Diese Rolle nahm die deutsche Außenpolitik engagiert an und setzte in der EU gegen zum Teil erhebliche Widerstände einen „gemeinsamen Standpunkt“ durch, der die Grundlage für die Neugestaltung der Beziehungen bildete. Bestätigt fühlte sich die Bundesregierung durch die überwältigende Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung bei der Linderung menschlicher Not und dem Wiederaufbau des Landes sowie der breiten Zustimmung bei allen Fraktionen des Deutschen Bundestages, nachzulesen in der Ruanda-Entschließung vom Juni 1995.

Hilfe und kritischer Dialog

Die deutsche Vorreiterrolle bei der Unterstützung der neuen ruandischen Regierung war nicht unumstritten. Auf viele bohrende Fragen konnte es in den ersten Jahren der neuen Ära keine befriedigenden Antworten geben. Drohte Ruanda die Herr-

schaft einer Minderheitsgruppe durch Unterdrückung und Überwachung? Wie lange wollte man auf die Wahlen warten? Nahmen Menschenrechtsverletzungen zu oder ab? Was war los in den Gefängnissen, in der Justiz?

Die Kritik an der deutschen Unterstützungspolitik in Ruanda nach 1994 musste ernst genommen werden. Daher verfolgte die Bundesregierung eine Doppelstrategie: Sie gab umfangreiche Hilfe zum Wiederaufbau mit dem Ziel einer Stabilisierung der Lage, vor allem um die Rückkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen, ohne die ein dauerhafter Friede in der gesamten Region kaum möglich erschien. Zugleich führte die Bundesregierung eine ständige kritische Auseinandersetzung mit der Regierung in Kigali in einem offenen und teilweise sehr harten Dialog. Nur so lässt sich die für ein afrikanisches Land ungewöhnliche Dichte der politischen Kontakte in den Jahren 1994 bis 1996 erklären: Präsident, Vizepräsident, Ministerpräsident, mehrere Minister Ruandas führten politische Gespräche in Deutschland, Außenminister Kinkel besuchte im Juli 1995 Ruanda, ich selbst habe als Afrika-Beauftragter in dieser Zeit Ruanda zehnmal besucht, 15 Begegnungen mit dem Präsidenten, ein Dutzend mit dem Vizepräsidenten, weitere mit vielen Ministern gehabt.

Energisches Zupacken

Die Stimme der Bundesrepublik fand in Kigali Gehör wie keine andere. Es gibt eindrucksvolle Belege dafür, dass der intensive deutsch-ruandische Dialog konkrete Erfolge brachte. Zwei Beispiele: Dass Ruanda im Juni 1995 der Verlängerung des Mandats der UNAMIR-Mission zustimmt, wurde in Direktgesprächen zwischen der deutschen und der ruandischen Regierung erreicht; und 1996 sagt Kigali zu, die noch nicht strafmündigen Kinder unter 14 Jahren, die wegen des Verdachts der Beteiligung am Völkermord inhaftiert waren, in ein Erziehungsheim zu verlegen.

Die deutsche Afrika-Politik hat sich nach 1994 für energisches Zupacken und gegen zauderndes Zuwarten entschieden. Sie war sich der damit verbundenen Risiken bewusst, aber auch der Tatsache, dass sich Ruanda nach einem schrecklichen Völkermord in einem traumatischen Zustand befand. Trotz vieler zwischenzeitlicher Zweifel und Enttäuschungen bin ich heute noch überzeugt, dass die grundsätzlichen und richtungweisenden Entscheidungen damals richtig waren, man Ruanda nach dem schrecklichen Versagen der internationalen Gemeinschaft, die das Land in seiner schwersten Stunde allein gelassen hatte, zu Recht einen Vertrauensvorschuss einräumte. Aus meiner Sicht hat es diesen Vorschuss häufig kräftig strapaziert, aber nie gänzlich verspielt.

In der schwierigen und kritischen Phase nach dem Genozid 1994 in Ruanda übernahm Deutschland eine führende Rolle und verfolgte eine erfolgreiche Unterstützungspolitik mit intensivem deutsch-ruandischen Dialog.

Die deutsche Vorreiterrolle bei der Unterstützung der neuen ruandischen Regierung war nicht unumstritten. Die Stimme der Bundesrepublik fand in Kigali Gehör wie keine andere.

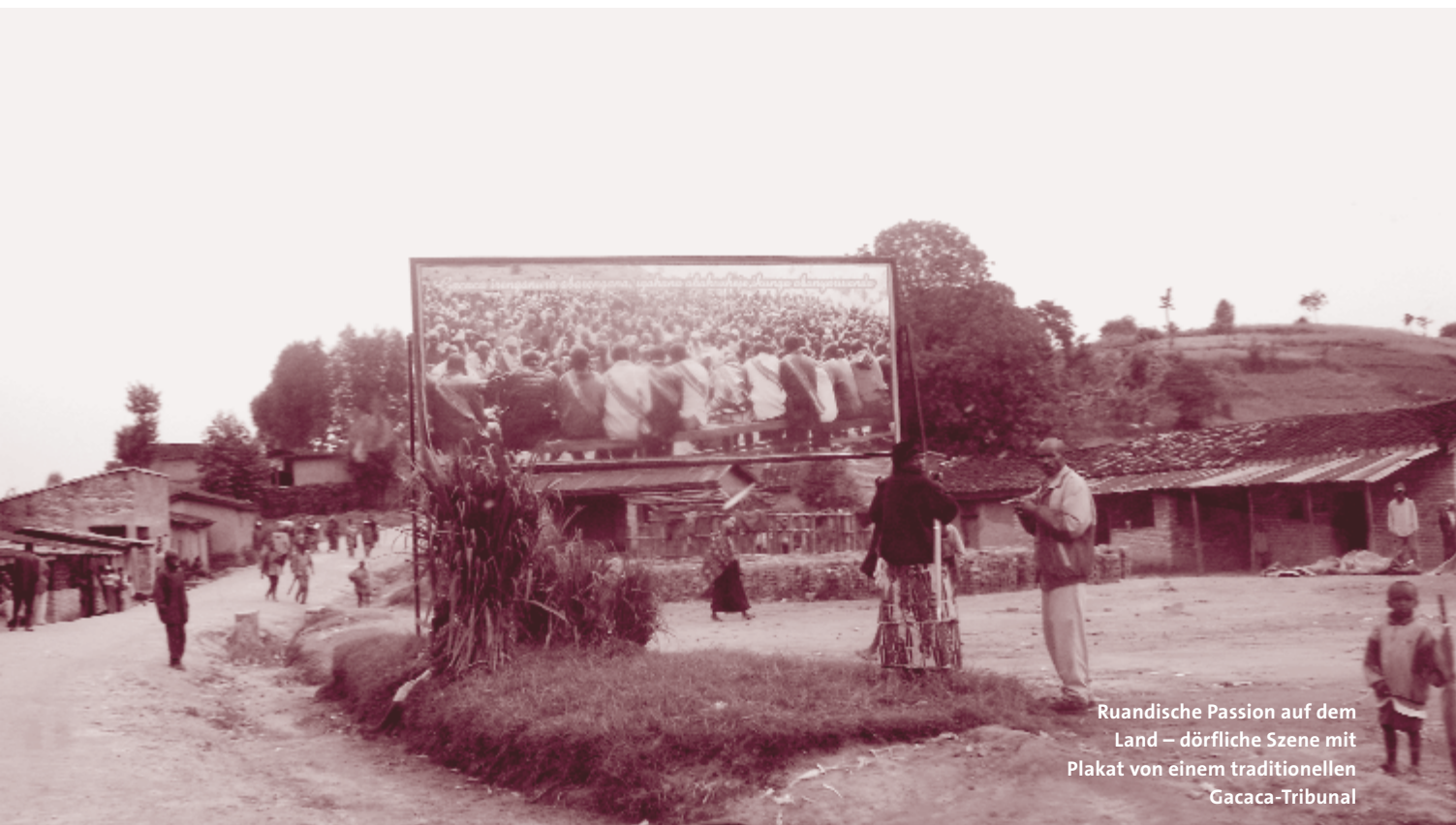


Harald Ganns war Botschafter in mehreren afrikanischen Ländern und von 1993 bis 1998 Afrikabeauftragter des Auswärtigen Amtes.

André Guichaoua

Von einem Totalitarismus zum nächsten

Politische Transition auf ruandische Art



Ruandische Passion auf dem Land – dörfliche Szene mit Plakat von einem traditionellen Gacaca-Tribunal

© H. Schürings

Dreizehn Jahre nach dem Genozid an der Tutsi-Bevölkerung bleibt dieses Ereignis im Zentrum der Bilder und Informationen, die man mit diesem kleinen zentralafrikanischen Land verbindet. In Ruanda bestimmen die durch diese Tragödie ausgelösten Traumata wie auch das Handeln aller Akteure und ausländischen Partner, die „internationale Gemeinschaft“, beständig das Leben und Handeln der Bevölkerung. 1994 hatte die internationale Gemeinschaft sich geweigert, die Massaker zu beenden.

Das heutige Paradoxon Ruandas besteht in einem Kontrast zwischen dem einerseits schnellen Wiederaufbau sowie umfangreichen Investitionen, die das Bild der Hauptstadt Kigali und anderer Städte völlig verändert haben, und andererseits einer besonders autoritären soziopolitischen Ordnung. Diese „ruandischen Passionen“ sind kaum von der weitreichenden wirtschaftlichen und politischen Transformation betroffen, die die neuen regierenden Tutsi-Eliten eingeführt haben. Bevor dieses Paradoxon näher beleuchtet wird, ist ein Blick auf die Vorgeschichte des Konflikts angebracht.

Vorgeschichte des Konflikts

1945, am Ende des Zweiten Weltkrieges, erklärte die belgische Kolonialmacht ihre Bereitschaft, Ruanda in die Unabhängigkeit zu entlassen, gekoppelt an den Aufbau demokratischer Institutionen. Die ersten Wahlen fanden statt und ermöglichten den „entwickelten“ Hutu den Groll weiter Bevölkerungsschichten gegen die politische Unterdrückung und die wirtschaftliche Ausbeutung durch die Tutsi-Elite des Königreichs Ruanda zu artikulieren. Ihrer Partei „Demokratisch republikanische Bewegung“ MDR-Paramehutu ging es nicht nur darum, die politischen und wirtschaftlichen Privilegien der Tutsi abzuschaffen, sondern das Land seinen legitimen Eigentümern, den Bahutu, zurückzugeben. Dieses hochsensible Thema, das die Kolonialbehörden angeheizt hatten, erklärt die Gewalt, welche die „soziale Revolution“ von 1959 und den Unabhängigkeitsprozess 1962 begleitet hat. Während der ersten Jahre der Republik gab es wiederholt Versuche bewaffneter Tutsigruppen, aus den Nachbarländern die Macht zurückzuerobern. In der Folge begann landesweit eine Jagd auf Tutsi. Jeder Angriff trug zur Verschlechterung des gesellschaftlichen Klimas bei und führte dazu, dass Tausende Tutsi ins Exil flüchteten.

Trotz etlicher Proteste führten die „soziale Revolution“ von 1959 sowie die Wahlen von Juni 1960 und September 1961 zur Konsolidierung der Macht der neuen Eliten. Die Mehrheit der Bevölkerung hielt die dabei entstandene soziale Hierarchie für gerechter als zuvor. Während der folgenden drei Jahrzehnte erhielt die neue politische Ordnung durch verschiedene Wahlen eine unbestreitbare Legitimität, obwohl das Regime mit politischer Willkür die neue ethnische Vormachtstellung des „legitimen Mehrheitsvolkes“ durchsetzte. Diese Ideologie erklärte die Tutsi zu Bürgern zweiter Klasse.

Militärputsch und Einpartei-Staat

Durch einen Staatsstreich übernahm am 5. Juli 1973 Juvénal Habyarimana, Oberbefehlshaber der Armee, die Macht. Dies führte zu einer Verlagerung des Machtzentrums zu Gunsten der Militärs aus dem Norden des Landes, die die Armee kontrollierten. Der neue Staatschef bemühte sich um eine breite nationale Legitimität. Verschiedene Maßnahmen sollten dazu dienen, die ethnischen Ausgrenzungen zu überwinden. Dazu zählte die Einführung einer Quotenregelung, die den ordnungsgemäß identifizierten Tutsi eine bestimmte Anzahl von Plätzen und Posten garantieren sollte. Dies wurde als Anerkennung von Minderheitenrechten und als endgültige Verankerung der „Demokratie“ dargestellt, der objektive ethnische und regionale Kriterien von „Disparitäten“ zu Grunde lagen. Ziel war es, die nationale Spaltung besonders durch die Entwicklung, der die Bevölkerung alle Energien widmen sollte, zu überwinden. Die „moralische Revolution“ von 1973 sollte die nun vereinte Bevölkerung, Bauern, Beamte und Regierung mobilisieren. Besondere symbolische Bedeutung hatte die Wiedereinführung der „Gemeinschaftsarbeiten“ (Umuganda), ehemals koloniale Zwangsarbeiten, die die körperliche Arbeit bei den Städtern rehabilitieren und auf dem Lande die Solidarität fördern sollte.

Mit der Gründung der „Nationalrevolutionären Bewegung für Entwicklung“ (MRND) am 5.7.1975 statete sich Juvénal Habyarimana mit einem ihm nützlichen politischen Werkzeug aus. Die obligatorische und ausschließliche Zugehörigkeit zum neuen Einpartei-System sah die nationale Integration aller Ruander vor, ohne Unterscheidung nach Ethnien, Region oder Konfession. Die ruandische Regierung stellte sich somit rein funktional und fast unpolitisch dar. Eine auf ländliche Entwicklung und sehr sparsame Nutzung der lokalen Ressourcen gründende Ideologie und die unbestreitbaren Erfolge erklärten das hervorragende Ansehen des Landes bei bilateralen Partnern, den internationalen Geldgebern und Nichtregierungsorganisationen (NRO). Als Erfolge zählten die geringe Verschuldung, die Sicherung des wirtschaftlichen Gleichgewichts, die Währungsstabilität sowie eine relativ ausreichende Selbstversorgung der Bevölkerung.

Sozialökonomische Krise der 80er Jahre

Während der zweiten Hälfte der 80er Jahre verschlechterte sich die sozioökonomische und politi-

sche Lage sehr schnell. Der drastische Einbruch der Weltmarktpreise für Kaffee (mehr als drei Viertel der Exporteinnahmen) und mehrere witterungsbedingte Missernten führten zu einer Umdrehung der positiven Entwicklung. Verstärkt wurde dies durch den Abbruch großer ländlicher Entwicklungsprojekte, die von internationalen Organisationen finanziert wurden. Sie hatten bisher zum Geldeinkommen der bäuerlichen Familien beigetragen. Und schließlich erzwang der Internationale Währungsfonds den Rückzug des Staates aus vielen Bereichen. Der auf die ländliche Bevölkerung zielende Populismus, der ideologisch die Regierung mit „seiner“ Bauernschaft verband, war bis auf die Grundfesten erschüttert.

Als die mangelnde Sensibilität der Regierung gegenüber den Problemen einer verarmten Bevölkerung und die Privilegien sowie die Korruption aller wichtigen Regierungsmitglieder öffentlich wurden, kündigte Habyarimana im Juli 1990 eine baldige politische Öffnung an: die Revision der Verfassung und des Manifests der MRND sowie die Erarbeitung einer nationalen Charta. Diesen Moment wählte die „Ruandische Patriotische Front“ (RPF), um eine militärische Offensive zu beginnen, die das Land in einen langjährigen Bürgerkrieg stürzen sollte. Zu diesem Zeitpunkt wurde weniger die Politik der MRND kritisiert als die Korruption der Mitglieder des Präsidentenclans und seines klientelistischen Netzwerks, die sich die Staatspründe angeeignet hatten.

Der MRND fehlte jegliche Basis in der Bevölkerung. Kein Politiker hatte es für nötig gehalten, die Bevölkerung auf lokaler Ebene zu mobilisieren, um als Kandidat vorgeschlagen und gewählt zu werden, ebenso wenig schafften sie sich innerhalb der Partei eine Basis, die sie persönlich unterstützen würde. Präsident Habyarimana, der einzige Kandidat für die Präsidentschaft der Republik, erhielt bei jedem Wahlgang mindestens 99 Prozent der Stimmen.

Eine weitere Besonderheit dieses totalitären Systems war die Beziehung zwischen der Landbevölkerung und dem Staatsapparat, den Emporkömmlinge der ländlichen Bevölkerung bildeten. Für die einfachen Bürger gab es weder eine Alternative zur Unterordnung gegenüber den Autoritäten noch die Möglichkeit, sich vor Willkür zu schützen. Die Beziehungen zwischen der bäuerlichen Bevölkerung und ihren zahlreichen Vormundschaften waren immer von Gewalt geprägt. In den Reden der gebildeten Eliten wurden die Bauern als Masse bezeichnet, der beigebracht werden musste, wie man vernünftig arbeitet, die man unaufhörlich „sensibilisieren“ und somit maßregeln musste, da ihnen jedes Verständnis dafür fehlte, was für sie gut war.

Im Rückblick spielten während dieser sozio-politischen Krise, die Ende der 1980er Jahre entstand, ethnische Aspekte kaum eine Rolle. Zu den wirtschaftlich benachteiligten Gruppen gehörten sowohl Hutu wie Tutsi: landlose Bauern, Jugendliche auf dem Land, die die Schule abgebrochen hatten, und Frauen. Politische Kritik an den Verhältnissen bezog sich auf den Reichtum und die einträglichen Posten, die vorran-

Die Beziehungen zwischen der bäuerlichen Bevölkerung und ihren zahlreichen Vormundschaften waren immer von Gewalt geprägt.

Die Apokalypse war nicht unvermeidbar, sie wurde willentlich durch das Handeln der Akteure beider Lager verursacht, die sich seit langem auf die entscheidende Schlacht vorbereitet hatten.

gig den Regionen im Norden vorbehalten waren. Zudem kritisierten Ruander aller anderen Regionen des Landes die dortigen Hutu sowie die Tatsache, dass der „Vater der Nation“ sich mit Tutsi verbündet hatte.

Dem Angriff der RPF folgte die „Geiselnahme“ der Tutsi

Der Angriff der RPF am 1. Oktober 1990 erschütterte die Grundfesten der Herrschaft des Präsidenten Habyarimana. Nach massiven Verhaftungen Tausender oppositioneller Tutsi und Hutu, die als „Komplizen der Inkotanyi“ (RPF-Soldaten) angesehen wurden, griff der politische Machtzirkel um den Präsidenten wieder einmal zum Mittel der „Geiselnahme“ der Tutsi im Landesinneren: Pogrome, Verhaftungen und Verschwindenlassen nahmen zu. Von innen und außen heftig kritisiert, versuchte Habyarimana die Strategie

der Glanzpunkt einer starken Volksbewegung und der Versuch einer Gewaltenteilung, die Habyarimana im Namen der Demokratie aufgezwungen wurde. Da die RPF von diesen innenpolitischen Ereignissen ausgeschlossen war, begann sie umgehend mit der Destabilisierung der neuen Regierung und lancierte eine Serie von Attentaten und Morden an wichtigen Politikern.

Sowohl der Präsident und seine Umgebung als auch die RPF waren sich einig, demokratische Wahlen zu verhindern, da sie selbst glaubten, diese nicht gewinnen zu können. Deshalb provozierten sie eine politische Polarisierung um zwei politisch-militärische Blöcke, was unausweichlich zu einer ethnischen Radikalisierung führte. Dauernde Zielscheibe der Kriegsparteien war die Mehrparteienregierung, die immer noch die republikanische Legitimation verkörperte. Deren Verwaltung leistete sehr viel, um den Fortbestand des Staates zu sichern. Das war die Situation im Land, als im April 1994 der Krieg wieder aufgenommen wurde. Indem die Spitze des Staates geköpft wurde, trugen die Organisatoren des Attentats auf das Flugzeug des Präsidenten am 6. April 1994 die Verantwortung für die Wiederaufnahme des Krieges der beiden militärischen Gegner.

Vermeidbare Apokalypse

Die Apokalypse, die folgte, war nicht unvermeidbar, sie wurde willentlich durch das Handeln der Akteure beider Lager verursacht, die sich seit langem auf die entscheidende Schlacht vorbereitet hatten. Die RPF begann sofort eine Generaloffensive. Die vom Kern des Präsidentschaftsklans organisierten Morde an Tutsi und Hutu der demokratischen Opposition und die Neutralisierung aller gemäßiger Elemente innerhalb der Armee, des Justizapparats, der Territorialverwaltung und der Medien ebneten den genozidären Kräften den Weg. Vor dem 6. April war der ruandische Staat nicht in Händen einer faschistoiden Macht: Keine Institution wollte den Völkermord, weder die Regierung noch der Generalstab der Armee, noch das Parlament oder die Territorialverwaltung. Die Machtergreifung der extremistischen Hutu wurde Mitte April 1994 mit der Ernennung neuer Präfekten und der Nominierung eines ihnen ergebenen Generalstabs perfektioniert. Dies ermöglichte der neu gebildeten „Regierung“ in den folgenden drei Monaten, alle Mittel des Staates zu nutzen, um den ethnischen „Feind“ im Inneren zu vernichten. Die RPF ihrerseits war zu keinen Verhandlungen bereit und ihre Armee übernahm im Juli 1994 die Kontrolle über das ganze Land.

Dieser ungeteilte Sieg war vieldeutig. Seitdem sich die RPF in Kigali etabliert hatte, kontrollierte sie alle Ebenen der Macht, und die neue Form des Regierens spricht für sich. Militärisch, politisch und ideologisch durfte niemand, weder im In- noch im Ausland, Zweifel an ihrer Rolle als „Befreier“ äußern. Die siegreichen Anführer der Tutsi-Rebellion hatten die Absicht, das Land so zu verwalten, wie sie den Krieg geführt hatten. Am 19. Juli 1994 bildete die RPF in einem vollkommen zerstörten Land eine Regierung, die auf dem



© H. Schürings

**Gedenkstätte „Erinnere Dich“
in Nyanza, Kigali**

gien von 1973 zu nutzen und das „Volk der Hutu“ um seine Person zu mobilisieren. Dem Ausland bemühte er sich zu vermitteln, er sei als einziger in der Lage, eine politische Öffnung kontrolliert zu sichern. Wiederrum führte eine auf ethnischen Argumenten beruhende Mobilisierung der Bevölkerung zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Spannungen.

Wichtigstes Ergebnis des Krieges von Oktober 1990 war die Beschleunigung der bereits eingeleiteten politischen Reformen. Auf die Forderungen der verschiedenen Oppositionsgruppen im Inneren des Landes reagierte der Präsident mit einer Amnestie und der Befreiung politischer Gegner sowie der Anerkennung des Mehrparteiensystems. Im Juni 1991 wurden eine neue Verfassung verabschiedet und neue politische Parteien zugelassen. Zahlreiche große Versammlungen der Oppositionsparteien fanden statt. Zeitungen gab es reichlich, und die Journalisten gewöhnten sich an die neue „Informationsfreiheit“.

Im April 1992 wurde eine Mehrparteienregierung mit einem Premierminister aus der Opposition, Dismas Nsengiyaremye, gebildet. Diese Regierung war

Friedensvertrag von Arusha basierte. Die Vertreter der ehemaligen Präsidentenpartei MRND wurden wegen ihrer Verwicklung in den Genozid ausgeschlossen.

Erzwungene Rückkehr der Flüchtlinge

Politisch gesehen gab es drei Prioritäten der neuen Regierung: Die erste war, die Sicherheit zu garantieren und jeglichen Versuch eines Angriffs der ehemaligen ruandischen, geflüchteten Streitkräfte an den Grenzen zu Zaire zu verhindern. Seit Juli 1994 entschied allein die ruandische Armee (RPA) über das Vorgehen, den Zeitpunkt und dann im Oktober 1996 die Offensive zur Zerstörung der Flüchtlingslager in Zaire. Es folgten die erzwungene Rückkehr von 1,3 Millionen Flüchtlingen und die Verfolgung sowie Ermordung derjenigen, die nicht gewillt waren, nach Ruanda zurückzukehren. Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen meldete 240.000 Personen als „vermisst“. Seit Ende 1994 standen die Behörden in Kigali unter starkem internationalen Druck, um eine schnelle Rückkehr der zwei bis drei Millionen geflüchteten Hutu zu erwirken. Die Haltung der RPF verhärtete sich sehr schnell. Für die radikalen Mitglieder der RPF bestand die höchste Priorität darin, so schnell wie möglich die Rückkehr der während der Unabhängigkeit vertriebenen Tutsi Bevölkerung zu organisieren und die städtischen Räume wie auch verlassene Gebiete zu besiedeln. Zudem wurden besonders Kinyarwanda sprechende Ausländer der Region, die zum Regime positiv eingestellt waren, ermuntert, sich in Ruanda niederzulassen. Mitte 1995 gab es mehr als eine Million „Rückkehrer – „returnees“.

Die zweite Priorität war heikler: die Beziehungen zur „internationalen Gemeinschaft“, die für die Soforthilfe im Inneren des Landes und in den Flüchtlingslagern an den Grenzen Ruandas verantwortlich war sowie zur UNAMIR – United Nations Mission in Ruanda, die die französischen Truppen der „Operation Turquoise“ in der humanitären Sicherheitszone im Südwesten des Landes abgelöst hatte. Die RPF wollte so schnell wie möglich diese Einschränkung der „nationalen Souveränität“ beenden. Dies erreichte sie damit, dass sie im April 1995 das Lager mit Vertriebenen in Kibeho im Süden des Landes durch die Armee brutal auflöste und Tausende Menschen ermordete. Danach erklärte sie, dass Ruanda nunmehr „befriedet“ sei und veranlasste am 9. Juni 1995 den Weltsicherheitsrat, eine drastische Verringerung des Mandats und der Anzahl der UNAMIR-Blauhelmsoldaten vorzunehmen.

Neue politische Strukturierung

Die dritte Priorität der neuen Regierung betraf die Strukturierung der politischen Ebene. Die einzige immer noch gültige Herausforderung war, wie man aus der „Übergangsphase“, die im Friedensvertrag von Arusha vorgesehen war, herauskommen konnte. Wie schon vor dem Krieg konnte die RPF nicht damit rechnen, die Wahlen nach dem Prinzip „eine Person eine Stimme“ zu gewinnen. Die RPF war mit

der Situation im Land nicht vertraut, die Rückkehr von Millionen Hutu-Flüchtlingen war nicht zu verhindern und diese waren gegenüber der RPF aus gegebenen Gründen ablehnend eingestellt. Die Ernennung von Pasteur Bizimungu zum Präsidenten, ein Hutu aus Gisenyi und Überläufer der Zweiten Republik, ließ vermuten, dass man ihn zum geeigneten Zeitpunkt absetzen konnte. Für Alibipersonen, sowohl Hutu wie auch kooptierte Tutsi, gab es keine Möglichkeit, eigenständig aktiv zu werden. Ih-



© H. Schürings

Nyarutarama, Kigali –
Wohnviertel der Neureichen

re Unterstützung war zeitweilig für die internationale Zusammenarbeit nützlich, aber jegliche politische Aktivität, besonders die Gründung von Parteien war ihnen untersagt.

Ab Ende 1995 wurden Personen der ehemaligen Opposition in Ruanda isoliert, bedroht und schließlich zur Abdankung gezwungen, wie z.B. die angesehene Hutu-Persönlichkeit der RPF, Seth Sendashonga. Dieser war damals Innenminister, aber seine Strategie der politischen Öffnung wurde mit Zustimmung von Vize-Präsident Kagame durch Sicherheitskräfte und Polizei offen sabotiert. Es sei an die Ermordung des Präfekten von Butare erinnert, die Ermordung von zahlreichen Bürgermeistern und Gemeinderäten, die Sendashonga ernannt hatte, die Massaker an der ländlichen Bevölkerung, der er Schutz versprochen hatte, die Verhaftung oder Ermordung von Menschen und Beamten, deren Rückkehr aus dem Exil der Innenminister ausgehandelt hatte. Im November 1995 wurden zahlreiche ausländische NROs ausgewiesen, und alle anderen mussten eine neue Zulassung beantragen. Dies ermöglichte es der Regierung, unerwünschte Personen nach Hause zu schicken.

Die Führungskräfte der RPF und der Armee waren dagegen, gewählte Gemeinderäte und andere kommunale Autoritäten zuzulassen, sowie gegen die „Rückkehr der Demokratie“, die ihrer Ansicht nach für die politische Lagerbildung verantwortlich war und zum Krieg geführt hatte. Alle, die jetzt durch Si-

Die reale Macht verblieb bei einer mono-ethnischen Gruppe von Tutsi, die ausschließlich aus Uganda kamen.

Es gibt keine direkten Bindungen mehr zu der Bevölkerung des ländlichen Raumes und keine Grenzüberschreitungen des Lebensstandards von ländlicher und städtischer Bevölkerung.

cherheitskräfte als Gegner des Regimes denunziert wurden, mussten ins Ausland fliehen oder wurden zwischen 1995 und 1998 ermordet.

Bis zu den Wahlen von 2003 und der Öffnung der „wahren“ Übergangszeit nahm die Regierung einem schnellen Austausch von Führungskräften vor: Präfekte, Minister, Parteikader. Diese Politik wurde solange fortgeführt, bis die Führungsstruktur der Parteien und die Persönlichkeiten den Anforderungen der RPF entsprachen. Die Flucht und Ermordung von Oberst Théoneste Lizinde, berüchtigter Chef des Geheimdienstes von Habyarimana, durch ein Kommando der RPF in Kenia – er war während des Krieges durch die RPF für das gleiche Amt rekrutiert worden – sowie zu Beginn des Jahres 1997 die Abdankung von Oberst Alexis Kanyarengwe, ehemaliger stellvertretender Premierminister, Minister für Inneres und kommunale Angelegenheiten und auch Vorsitzender der RPF, kennzeichnen das Ende der Allianzen zwischen der RPF und herausragenden politischen Persönlichkeiten der 1. und 2. Republik, die mit dem Regime Habyarimana gebrochen hatten.

In der am 28. März 1997 gebildeten Regierung war Pasteur Bizimungu als Präsident der Republik der letzte Vertreter der Hutu, der einen bedeutenden Posten innehatte. Noch wichtiger ist, dass diese Regierung endgültig mit den Vereinbarungen der Verträge von Arusha aus dem Jahr 1993 brach und zwar in bezug auf Namen, Verteilung und parteilichen Ausgleich für Ministerposten. Man bestand auf der Einführung ei-

ner Regierung aus „Technokraten“ und knüpfte an die Praktiken der Zweiten Republik an. Diese hatte ihre Minister zu obersten Beamten herabgesetzt, die die Weisungen des Präsidentenclans umzusetzen hatten.

Das Jahr 2000 wurde mit einer Neuorientierung und der Schaffung einer dauerhaften politischen Struktur eröffnet. Die ersten vier Monate waren besonders ereignisreich. Nach einer Kampagne von Anschuldigungen wegen Anstiftung zum Aufstand der Armee und Bildung eines Komplotts verlor Joseph Sebarenzi Kabuye, Präsident der Nationalversammlung und aus dem Kongo stammender Tutsi, am 17. Januar seinen Abgeordnetenposten und flüchtete umgehend nach Uganda. Am 28. Februar wurde Premierminister Pierre-Célestin Rwigyema zum Rücktritt gezwungen, bevor er in die Vereinigten Staaten floh. Einen Monat später, am 23. März, war Präsident Pasteur Bizimungu an der Reihe, dessen Rücktritt nach Abstimmung der Nationalversammlung „angenommen wurde“. Innerhalb von zwei Monaten waren die wichtigsten Staatsmänner zurückgetreten und Vize-Präsident Paul Kagame ernannte sich selbst zum Interims-Präsidenten. Sogleich kündigte der Minister für Territorialverwaltung die Schaffung einer nationalen Wahlkommission an. Die Kommunal- und Präfekturwahlen wurden für September 2000 geplant. Die Neuordnung der RPF-Struktur begleitete eine Reorganisation des Sicherheitsapparats: Am 17. Februar fasste Verteidigungsminister Paul Kagame die Gendarmerie, lokale Polizei und zivile Verteidigung zusammen. Ihr Leiter war Oberst Franck Mugambage, bisher stellvertreten-

Identitätsfalle: „Ethnische“ Zugehörigkeit als zentrales Kriterium für den Platz in der Gesellschaft

von Hildegard Schürings

Die Langzeitwirkung der von den Kolonialmächten angewandten Rassenstheorie ist ein wichtiger Grund für den katastrophalen Tutsi-Hutu-Konflikt in Ruanda.

Nur wenige Menschen in Ruanda mögen die Frage: „Bist Du Hutu oder Tutsi?“, weil sie sich in diesen Begriffen nicht wieder finden und besonders weil sie seit 1994 sofort in „Täter“ oder „Opfer“ kategorisiert werden. Die Frage ist mit Verlust, Schmerz, Demütigung und Entmenschlichung verbunden. Während des Genozids wurden die meisten Menschen deshalb ermordet, weil sie zur Bevölkerungsgruppe der Tutsi gehörten. Tausende Hutu wurden ermordet, weil sie der damaligen Regierung kritisch gegenüberstanden oder so aussahen, wie angeblich Tutsi aussehen. Auch viele Twa, der demographisch kleinsten Gruppe, entkamen nicht den Schergen. 1994 wurde die vermutete oder im Personalausweis stehende Zugehörigkeit zum Kriterium über Leben oder Tod.

Nach Ansicht der meisten Wissenschaftler gibt es in Ruanda weder Ethnien noch Stämme und nur eine, nämlich die menschliche Rasse. Alle sprechen die gleiche Sprache, Kinyarwanda, pflegen die gleiche Kultur, leben gemeinsam und heiraten untereinander, teilten früher die gleiche Weltanschauung, pflegen die gleichen Rituale und haben mehrere Identitäten wie Mann, Frau, Mutter, Familienoberhaupt, Bäuerin, Viehzüchter, Kaufmann, Angestellte, Politiker. Natürlich gab

es früher Unterschiede, je nachdem ob man von der Landwirtschaft oder von der Viehzucht lebte, ob man zu den herrschenden Gruppen gehörte oder als Untertan dem politischen Oberhaupt Tribut zahlen musste. Die immer wieder behauptete Migration der ruandischen Bevölkerung während mehrerer Jahrhunderte, z.B. seien die Tutsi aus Abessinien eingewandert, kann weder durch Forschung noch mündliche Überlieferung belegt werden.

Bis zur Kolonialzeit gab es ein differenziertes System der Gewaltenteilung (politisch, ökonomisch, militärisch). Die Herrscherhäuser im heutigen Zentral- und Ostruanda wurden von Tutsi dominiert, andere im Nordwesten und Südwesten von Hutu. Politische oder ökonomische, manchmal sehr gewaltsame Konflikte gab es bis Ende des 19. Jahrhunderts zwischen den Herrscherhäusern in der Region und Klans um politische Interessenssphären oder Landnutzung. In der nationalen Sprache Kinyarwanda gibt es kein Wort für Ethnie, es wird das gleiche Wort wie für Klan benutzt: ubwoko. Alle Menschen, die in Kinyarwanda sprechenden Regionen lebten, nennen sich bis heute Banyarwanda.

Hamitentheorie

Wie kam es dann zu der Kategorisierung? Eine in der vorkolonialen Zeit existierende Begrifflichkeit Tutsi, Hutu, Twa, die verschiedene soziale und ökonomische Bedeutungsinhalte hatte, wurde während der deutschen und später belgischen Kolonialzeit zum Kriterium für den Zugang zu politischer und wirtschaftlicher Macht erhoben. Französische Mis-

der Oberbefehlshaber. So verblieb die reale Macht bei einer monoethnischen Gruppe von Tutsi, die ausschließlich aus Uganda kamen.

Das angekündigte Ende dieser immer wieder hinausgeschobenen „Transition“ sollte den „Weg zur Demokratie“ beschleunigen. So war es zumindest den Geldgebern dargestellt worden. Der Abzug der ruandischen Besatzungstruppen im Osten des Kongo, die nun in anderen Uniformen und unter neuem Namen auftauchten, wurde Ende 2002 von einer Konferenz der internationalen Geldgeber begrüßt. Und diese erklärten sich bereit, die Kosten für das „Ende der Transition“ zu übernehmen.

„Weg zur Demokratie?“

Kaum waren die Mittel zugesagt, verschärfte Paul Kagame die Situation. Zahlreiche Morde und Entführungen folgten. Die „Demokratisch Republikanische Bewegung“ (MDR), die einzige Partei, die weiterhin große Unterstützung im Volk hatte und nicht vollkommen abhängig von der RPF war, wurde als „divisionistische“ Partei angeprangert und aufgelöst. Die Menschenrechtsliga LIPRODHOR, eine der wenigen noch unabhängigen Menschenrechtsorganisationen, wurde der gleichen angeblichen Verbrechen angeklagt und ihre Mitglieder verfolgt.

Nach der Annahme der Verfassung im Mai 2003 durch mehr als 95 Prozent der Wähler erzielte der Präsidentschaftskandidat Kagame im August 2003

das gleiche Wahlergebnis. Im September übernahm die RPF Dreiviertel der Parlamentssitze, die weiteren Sitze wurden an Kandidaten kooptierter Parteien vergeben, die die RPF selbst ausgewählt hatte. Während des Jahres 2004 wurden die wenigen „kritischen“ Zeitungen erheblich unter Druck gesetzt, und mehrere Journalisten gingen ins Exil. Der ehemalige Präsident Bizimungu, der sich weigerte, den Staatschef um „Pardon“ zu bitten, wurde nach zwei Jahren Untersuchungshaft wegen des Ver-



© Detlef Pietz

Akrobaten für den Frieden beim Festival im Jugendzentrum Kimisagara, Kigali

sionäre der katholischen Kirche (Orden der Weißen Väter) ordneten ab 1900, basierend auf der so genannten Hamitentheorie, die Menschen in drei Kategorien ein. Mit Hilfe der in Europa zu Ende des 19. Jahrhunderts grassierenden Rassentheorien definierten sie eine neue von Gott gegebene Ordnung: die Tutsi als das geborene Herrenvolk, die Hutu als das Untertanenvolk und die Twa als Untervolk. Eine Identität, die bisher veränderbar war, wurde in den 1930er Jahren mit der Einführung von Personalausweisen festgeschrieben. Höhere Bildung und Funktionen in der Kolonialverwaltung wurden zu mehr als 90 Prozent der geförderten Elite, den Tutsi, vorbehalten, ein neuer, den Missionaren genehmer Herrscher eingesetzt. Die Tutsi wurden instrumentalisiert, um eine effiziente Kolonialverwaltung durchzusetzen und die Hutu sollten ihre Leibeigenen sein. Zudem versuchten belgische Forscher, mit anthropometrischen Messungen ihre Annahmen zu bestätigen. Erst als die herrschende Schicht, die sich inzwischen ausschließlich aus Tutsi zusammensetzte, in den 1950er Jahren begann, die Unabhängigkeit von Belgien zu fordern, schwenkten Kirche und Kolonialmacht um und unterstützten die demographische Mehrheit der Hutu (ca. 85 Prozent).

Im Laufe der politischen Auseinandersetzungen wurde die Bedeutung der Zugehörigkeit zu einer der Gruppen immer wichtiger, z.B. im „Manifest der Bahutu“ (1957), in dem die Abschaffung der Ausbeutung durch die „Hamiten“ gefordert wird. 1959 findet die so genannte soziale Revolution statt, mit dem Ergebnis, dass zahlreiche Tutsi ermordet werden und Zehntausende in die Nachbarländer flüchten. 1962 erlangt Ruanda seine Unabhängigkeit wieder, die Regierungen der ersten (1961) und der zweiten Republik (1973-1994) werden überwiegend von Angehörigen der Hutu gebildet. Dies führt je-

doch nicht zur Trennung der Gruppen, auch wenn die Tutsi nur beschränkten Zugang zu bestimmten Funktionen oder Bildung hatten. In vielen Familien gibt es Mitglieder beider Gruppen. Auch Wechsel der Zugehörigkeit ist seit langem, je nach Nützlichkeit, üblich. Die Zuordnung basiert auf einem patriarchalischen System. Ist der Vater Hutu, so gelten auch die Kinder als Hutu. Die Zugehörigkeit der Mutter spielt keine Rolle. 1973, in der Folge der Massaker von 1972 an den Hutu in Burundi, kommt es in Ruanda zu schweren Ausschreitungen gegen die Tutsi und deren Ausgrenzung.

Die im Ausland lebenden Flüchtlinge forderten viele Jahre ein Recht auf Rückkehr, das ihnen verweigert wurde. Nach etwa 30 Jahren im Exil organisierten deren Kinder sich militärisch, erkämpften seit 1990 die Rückkehr in ihr Heimatland und übernahmen 1994 die Macht.

Heute betont die ruandische Regierung, alle seien Ruander bzw. Ruanderinnen, ethnische Gruppen existierten nicht. Im Schwesterland Burundi hat man unter Beratung durch Südafrika ein Quotensystem für Hutu und Tutsi eingerichtet. Verkehrte Welten – seit 1994 ist die „ethnische“ Zugehörigkeit zu einem zentralen Kriterium für den Platz in der Gesellschaft geworden, Familien wurden zerstört, freundschaftliche Bande gebrochen. Niemand spricht über „Ethnien“, aber für alle sind die „kollektiven Mythen“ mehr als je zuvor präsent.

Quellen: Schürings H.: *Rwandische Zivilisation und christlich-koloniale Herrschaft*. Frankfurt: IKO-Verlag 1992.
Schürings H.: *Ein Volk verlässt sein Land – Krieg und Völkermord in Ruanda*. Köln: Neuer ISP Verlag 1994
Vansina J.: *Le Rwanda ancien – Le royaume nyiginya*. Paris: Karthala, 2001

suchs der Gründung einer politischen Partei zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Führungsriege der LIPRODHOR musste, nach dem von der Nationalversammlung vorgelegten „Bericht über genozidäre Tendenzen“, überstürzt aus dem Land fliehen. Im Namen ihrer neuen Legitimation, des Respekts der nationalen Souveränität und der neuen Verfassung, machte die RPF die protestierenden ausländischen Botschaften lächerlich. Und beschämt teilten diese stillschweigend die Flüchtlinge, die meisten bisher durch Entwicklungshilfe bezahlt, unter sich auf.

Gacaca-Justiz

Zu diesem Zeitpunkt wurde das Rechtssystem Gacaca in allen Gemeinden des Landes eingeführt. Dieses System sollte die normale Justiz unterstützen, für die es unmöglich war, Verfahren gegen Zehntausende Angeklagte durchzuführen. Ihre Zahl wächst unaufhörlich durch Verleumdungskampagnen. Drohungen, Verhaftungen, Verschwindenlassen, Morde und andere Mittel wurden eingesetzt. Sie schufen eine Stimmung der Angst und des reinen Terrors und sollten die „Widerspenstigen“ isolieren sowie jeglicher kollektiven Solidarität berauben. Je nach Aussagen verschiedener Regierungsmitglieder wurden Zahlen zwischen 800.000 und einer Million möglicher anzuklagender Personen genannt. Dies löste Panik aus. Tausende flüchteten vor dieser „Justiz“ nach Burundi. Politische Willkür, Abrechnung von lokalen Konflikten, fehlende Meinungsfreiheit sowie die nicht mögliche juristische Verteidigung der Beschuldigten, die mediale Instrumentalisierung der Konflikte sowie Erpressung und Verhaftungen verhinderten, dass auch nur eine minimale Vertrauensbasis entstehen konnte.



André Guichaoua
ist Professor an der Universität Paris 1- Panthéon Sorbonne, Experte und Zeuge der Staatsanwaltschaft beim Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda, www.ICTR.org.

Bruch der ländlichen Ordnung

Die Umwälzungen durch den Krieg und die „revolutionären“ Absichten der Führungsriege der RPF führten zu einem endgültigen Bruch mit der Vergangenheit und zu einer tief greifenden „Modernisierung“ der sich im Wiederaufbau befindenden Gesellschaft. Das wurde technokratisch durch Bodenreform, Umsiedlung der Bevölkerung in dörfliche Strukturen und verschiedene Auflagen im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion umgesetzt. Die neue Landwirtschaftspolitik, die ohne Zustimmung der Produzenten oder mit Zwangsmaßnahmen verfolgt wird, hat zur weiteren Verelendung breiter Bevölkerungskreise, zu regionalen chronischen Hungersnöten und zum Entstehen landloser, schnell verarmter Bauern geführt, die in der Stadt keine Arbeit finden werden. Die Brutalität der hierarchischen sozialen Beziehungen, die von einem „mythischen“ Diskurs über Authentizität und Wiederherstellung der nationalen Ideale begleitet werden und weder durch Gesetze noch traditionelle Rechte geschützt sind, sowie technokratische oder sicherheitsbedingte Entscheidungen führten zum endgültigen Bruch mit der ländlichen Ordnung.

Die Besonderheit des Gebietes der Großen Seen ist, dass egal welche Regierung an der Macht war, die Politik jeweils ähnlich gestaltet wurde. Sie schuf eine

soziale Ordnung, in der die städtischen Eliten auf die Arbeit der Bauern zurückgreifen konnten. Jetzt hoffen zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die führenden Eliten, hauptsächlich Tutsi, die nach Krieg und Genozid die Macht übernommen hatten und nun in der Hauptstadt leben, sich dieser „Abhängigkeit von der Bauernschaft“ entledigen zu können. Die von der Regierung proklamierte Entwicklungspolitik räumt den städtischen Vorhaben, dem Dienstleistungssektor und der Industrie Vorrang ein. Die Stadt Kigali stellt heute eine wirtschaftliche Einheit dar, wobei die Mehrheit, die zum Staatsapparat gehört, nicht von eigenen Ressourcen lebt. Der größte Teil des städtischen Konsums, einschließlich der Nahrungsmittel, wird importiert. Der nationale Haushalt zeigt, dass die Bevölkerung der Regionen im Landesinnern, also die Bauern, den größten Teil der Einnahmen des Staates liefern: Steuern, Gebühren und Zwangsarbeiten. Der überwiegende Teil der Investitionen und der Mittel der Entwicklungshilfe konzentrieren sich auf die Städte und in erster Linie auf Kigali. Davon profitieren die neuen Bewohner am meisten, wenn nicht gar ausschließlich. Es gibt somit keine direkten Bindungen mehr zur der Bevölkerung des ländlichen Raumes und keine Grenzen für das Auseinanderdriften des Lebensstandards von ländlicher und städtischer Bevölkerung.

Alles deutet darauf hin, dass die etablierte totalitäre Ordnung fortauern wird. Die regionalen Anmaßungen Ruandas sind in Schach gehalten, aber die Kompetenz des militärischen Regimes im Bereich der Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Ordnung wird von einer großen Zahl afrikanischer und westlicher Länder geschätzt oder zumindest geduldet. Die Massenmorde an den Hutu-Flüchtlingen auf kongolischem Boden und an der kongolesischen Zivilbevölkerung sowie die mehrfachen kriegerischen Raubzüge der verbündeten ruandischen und ugandischen Armeen haben ihre moralische und politische Legitimität als „Befreier“ von Ruanda und Zaire erheblich verringert. Umso mehr, da zahlreiche Berichte von Zeitzeugen und Studien den Konflikt weniger manichäisch darstellen als die Regierung.

Der RPF ist es bis heute gelungen, alle Versuche zu verhindern, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von ihren Truppen 1994 in Ruanda begangen wurden, zu untersuchen. Alle internationalen Bemühungen, die seit 1996 begangenen Massaker und Plünderungen im ehemaligen Zaire aufzuklären, sind ebenfalls gescheitert. Aber es gibt dazu ausreichend dokumentierte Fakten.

Das Handeln des aktuellen Regimes ist auch aus Sicht seiner traditionellen ideologischen Unterstützer nicht mehr unbekannt. Etwas in Zweifel geraten unterstützen die internationalen Partner die Politik der technokratischen Regierung mit dem Argument ihrer herausragenden wirtschaftlichen Leistungen. Sie wissen Bescheid, wollen sich jedoch ihrer Verantwortung für das „im Stich lassen“ 1994 nicht stellen. Dies alles geschieht im Namen von Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit und um die bestehende Ordnung zu erhalten.

Veröffentlichungen
u. a. : Les crises politiques au Burundi et au Rwanda 1993-1994, (dir.), Paris, Éd. Karthala, 1995, 794 p.
Exilés, réfugiés, déplacés en Afrique centrale et orientale, (dir.), Paris, Éd. Karthala, 2004, 1066 p.
Rwanda 1994. Les politiques du génocide à Butare, Paris, Éd. Karthala, 2005, 497 p.

Große Ambitionen

Ruandas regionale Interessen

Colette Braeckman

Nach dem Scheitern des Vormachtstrebens von Ruanda in Zentralafrika zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird das Land heute international als Vorbild für regionale Integration angesehen.

Bis 1990 wurde Ruanda, ein kleines bescheidenes, eher introvertiertes Land, als Stabilitätsmodell angesehen. Es begnügte sich damit, in der Grenzstadt Gisenyi den Sitz der Wirtschaftsgemeinschaft der Länder der Großen Seen, der drei ehemaligen belgischen Kolonien Ruanda, Burundi und Zaire zu beherbergen. Dieser gute Ruf verdeckte die Tatsache, dass seit den 1960er Jahren mehr als 300.000 ruandische Tutsi aus ihrem Land vertrieben wurden und sich mit unterschiedlichem Glück in den Ländern der Region ansiedelten. Als älteste Flüchtlinge Afrikas haben sie niemals aufgehört, von der Rückkehr in ihre Heimat zu träumen, nicht nur, um dort wieder ihren Platz als Bürger und ihren Personalausweis wiederzuerhalten, sondern auch, um dort an der Macht teilzuhaben.

Genozid

Als 1990 die politisch-militärische RPF (Ruandische Patriotische Front), Nachkommen der Flüchtlinge der 60er Jahre, einen Angriff von der ugandischen Grenze aus begann, eröffnete sie damit ein neues Kapitel in der Geschichte Afrikas, einen „Krieg ohne Grenzen“. Die Soldaten der RPF, einige von ihnen hoch angesehene Mitglieder der ugandischen Armee, hatten bereits in Uganda Krieg geführt und die Diktatur von Milton Obote gestürzt. Sie profitierten von der Unterstützung des Präsidenten Yoweri Museveni, dem sie an die Macht geholfen hatten. Die im August 1993 vereinbarten Verträge von Arusha zwischen der RPF, der Regierung Habyarimana und der politischen Opposition Ruandas sahen eine Machtteilung und die Integration der Armeen vor. Sie waren das Ergebnis intensiver diplomatischer Verhandlungen.

Im April 1994 schwand nach dem Attentat auf das Flugzeug des Präsidenten Habyarimana jegliche Hoffnung auf eine verhandelbare Lösung, und der Beginn der Massaker an den Tutsi und der folgende Genozid hatten einen dauerhaften Einfluss auf die gesamte Region. Aus Angst vor Repressalien und getrieben von den Anstiftern des Genozids ließen sich mehr als 2 Millionen Hutu-Flüchtlinge in den Nachbarländern, in Tansania, Burundi und vor allem in der zairischen Provinz Kivu nieder. Von dort aus organisierten sie sich politisch und militärisch, um die Macht zurückzuerobern. Die RPF in Kigali war überzeugt, dass ihr wahrer Antrieb darin bestand, die „Arbeit zu beenden“, das heißt den Ge-



© H. Schürings

nozid zu vollenden, der bereits eine Million Tutsi-Bürger dahingerafft hatte. Diese existentielle Bedrohung bewirkte unter den neuen Herren in Ruanda eine doppelte, wenn nicht gar dreifache Zielsetzung: gewaltsam die Flüchtlingslager, die als Rückzugsgebiet der „Genocidaires“ (Völkermörder) angesehen wurden, zu zerstören, indem die Zivilbevölkerung zur Rückkehr gezwungen und die Mörder im großen Zaire auseinander getrieben wurden. Langfristig wollten sie in Kinshasa ein befreundetes Regime oder gar eines unter ihrer Schutzherrschaft einrichten, um so Einfluss auf die Sicherheitslage und privilegierten Zugriff auf die Ressourcen des Landes zu haben.

Die rechte Hand von Präsident Kagame, James Kabarebe, wurde, man höre und staune, zum Oberbefehlshaber der kongolesischen Armee ernannt. Laurent Désiré Kabila war ausgewählt worden, um Mobutu zu verjagen. Aus Sicht Ruandas sollte er aber nicht Präsident des Wechsels in der Demokratischen Republik Kongo sein, sondern eher eine Marionette, die Anweisungen aus ausländischen Hauptstädten erhielt. Dieses Vorhaben einer regionalen Schutzherrschaft über das große und reiche Zaire wurde auch von anderen Ländern verfolgt, die am Krieg beteiligt waren: Uganda, Angola und Simbabwe.

Angola und Simbabwe, die Präsident Kabila aus alter revolutionärer Solidarität unterstützten, standen in Opposition zu Ruanda, als Kigali und Kampala sich entschieden, den zu widerspenstig gewordenen Verbündeten Kabila zu vertreiben. Damit wurde, nach dem Scheitern eines Staatsstreichs 1998, der „zweite kongolesische Krieg“ angezettelt. Dieser

Übriggeblieben. Jean de Dieu kletterte nach drei Tagen aus dem Grab seiner Familie.

Das Vormachtstreben Kigalis haben die westlichen Alliierten, die USA, Belgien und Großbritannien zunichte gemacht.

13 Jahre nach der Machtergreifung in einem zerstörten Land, vier Jahre nach dem offiziellen Rückzug der Truppen aus dem Kongo, hat Ruanda eine bemerkenswerte Rückkehr auf die politische Szene Afrikas hingelegt.



Colette Braeckman, Journalistin, ist bei der belgischen Tageszeitung „Le Soir“ für die Afrikaberichterstattung zuständig und für *Le Monde diplomatique*.

Veröffentlichungen

Ruanda: Histoire d'un génocide.
Paris: Fayard, 1994;
Terreur africaine: Burundi, Rwanda, Zaïre.
Les racines de la violence.
Paris: Fayard, 1996

Krieg, in dem sechs afrikanische Armeen auf kongolesischem Gebiet operierten, endete mit den Verträgen von Sun City, die 2002 nach Verhandlungen mit allen kongolesischen Parteien geschlossen wurden. Die beiden von Ruanda und Uganda unterstützen Rebellenbewegungen wurden an der Übergangsregierung in Kinshasa beteiligt.

Unter Druck der internationalen Gemeinschaft zog Ruanda die Truppen aus dem Kongo zurück. Sein Einfluss reichte allerdings bereits bis ins Herz der Macht, denn der Chef der Rebellenbewegung „Rassemblement congolais pour la démocratie – RCD“ wurde Vize-Präsident und zuständig für die Sicherheit und Verteidigung des Landes.

Vorherrschaftsbestrebungen

Trotz des Friedensvertrags und dem bereits vorhandenen Einfluss schaffte Ruanda sich weitere Einflussbereiche, vor allem in der Region Kivu. Diese Region wird als Ruandas politisches Hinterland angesehen, ein großes Reservoir an wirtschaftlichen Ressourcen und auch möglicher Siedlungsraum für die zahlreiche ruandische Bevölkerung. Außerordentlich war die Einmischung in die Politik und die wirtschaftliche Ausbeutung der Ressourcen in den vorher von der ruandischen Armee besetzten Regionen, Nord- und Süd-Kivu und die östliche Provinz.

Obwohl Kigali offiziell panafrikanische Ideen vertrat, stellte die ruandische Präsenz im Kongo eindeutig eine politische Vorherrschaft mittels lokaler Allianzen dar und ermöglichte die illegale Ausbeutung der Ressourcen Coltan (Colombo-Tantalit), Niobit, Kassiterit, Gold und Diamanten. Diese offene oder verdeckte Präsenz war durch zahlreiche Massaker an der Zivilbevölkerung gekennzeichnet. Ruanda, ein armes und überfülltes Land, versuchte anscheinend, seinen wirtschaftlichen Aufschwung auf der Ausbeutung der Ressourcen seines Nachbarlandes zu gründen. Die gegenseitige Abhängigkeit der Kivu-Region und Ruandas ist eine historische Realität und eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Aber die ruandische Aggressivität, der Versuch, die Region zu besetzen, die brutale wirtschaftliche Ausbeutung und die menschlichen Opfer dieser Besatzung haben die Chancen auf wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit erheblich vermindert.

Musterschüler regionaler Integration

Selbst wenn im Dezember 2006 in Nairobi mit großem Pomp ein regionaler Stabilitätspakt im Rahmen der internationalen Konferenz zur Stabilität im Gebiet der Großen Seen unterzeichnet wurde, bleibt die Feindseligkeit weiterhin bestehen. Im Osten des Kongo ist das Misstrauen gegenüber den ruandischen Nachbarn, verstärkt durch schmerzhaft Erinnerungen an den Krieg und die Besatzung, weiterhin wirksam, und oft gilt die Ablehnung allen Tutsi. Hinzu kommen Ressentiments der kongolesischen Bevölkerung, heute noch Opfer der Hu-

tu-Milizen und ihrer Nachfolger, die die Kivu-Region kontrollieren und Frauen vergewaltigen, Kinder ver-skulaven, Steuern auf den Märkten einziehen und die Ernten der Bauern stehlen.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde das Vormachtstreben Kigalis durch die westlichen Alliierten, die USA, Belgien und Großbritannien, beendet. Da sie nicht länger ein rechtloses Gebiet im Herzen Afrikas dulden wollten, setzten sie sich für die Stabilisierung des Kongo und den Wiederaufbau dieses großen Staates ein. Von wirtschaftlichen Sanktionen bedroht und auf allen internationalen Konferenzen angeprangert, musste die ruandische Regierung ihre Ambitionen im Kongo aufgeben und begnügte sich damit, mehrere militärische Gruppen, die im Osten des Kongo aktiv waren, mit Waffen auszustatten. Die Hutu-Milizen, die nie ganz durch die Soldaten der Vereinten Nationen im Kongo entwaffnet wurden, terrorisierten weiterhin die Zivilbevölkerung, ohne jedoch ihr Heimatland zu bedrohen, das inzwischen eine bedeutende regionale Militärmacht geworden war.

Da die Ambitionen im Kongo verhindert wurden, zog sich die RPF auf afrikanische Zielsetzungen zurück: Ruanda wurde zum Musterschüler für regionale Integration und trat der Economic Commission for Africa (ECA) und dem Common Market for Eastern and Southern Africa (COMESA) bei. Durch zahlreiche diplomatische Aktivitäten wurde einer der Gründer der RPF, Patrick Mazimpaka, Vize-Präsident der Afrikanischen Union, und der brillante Wirtschaftswissenschaftler Donald Kaberuka wurde zum Präsidenten der Afrikanischen Entwicklungsbank gewählt. Ruanda stellte auch die Hälfte der von der Afrikanischen Union in Darfur stationierten Truppen. 2003 zum Präsidenten gewählt, wusste Kagame sich geschickt international in Szene zu setzen: Regelmäßig wird er zum Wirtschaftsforum in Davos eingeladen, er ist ein persönlicher Freund von Bill Gates und des ehemaligen US-Präsidenten Clinton. Die Entwicklung Ruandas wird voller Bewunderung häufig als besonders bemerkenswertes Beispiel auf internationaler Ebene genannt, und dies mit einem gewissen Schuldgefühl auf Grund der internationalen Passivität während des Völkermordes.

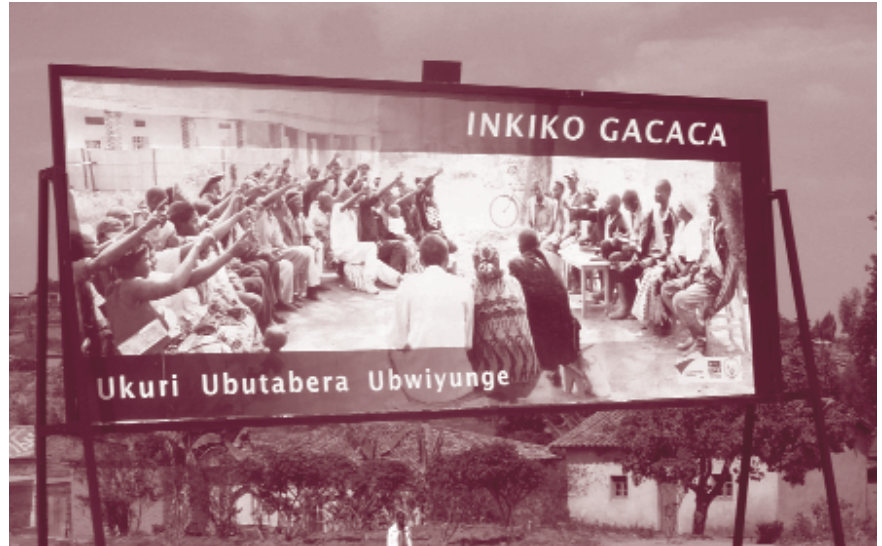
13 Jahre nach der Machtergreifung in einem zerstörten Land, vier Jahre nach dem offiziellen Rückzug der Truppen aus dem Kongo hat Ruanda eine bemerkenswerte Rückkehr auf die politische Szene Afrikas geschafft. Es wagte nach der Veröffentlichung des Berichts des Richters Bruguière zu den Verantwortlichen des Attentats auf das Flugzeug von Präsident Habyarimana, die diplomatischen Beziehungen zu Paris abzubrechen und Frankreich zu bezichtigen, die Anstifter des Genozids unterstützt zu haben. Diese Haltung wird offiziell oder inoffiziell von zahlreichen afrikanischen Staaten unterstützt, auch von Südafrika, einem sehr engen Partner Ruandas.

Gacaca

Hildegard Schürings

Wege zu Gerechtigkeit und Versöhnung?

Ab 1994 stand Ruanda vor der Frage, wie man die hohe Anzahl an Tätern richten könne. Drei Instanzen wurden geschaffen: der Internationale Strafgerichtshof, die ruandische Justiz und die Gacaca-Tribunale. Mit der Einführung von Gacaca wurde ein traditionelles Instrument der Konfliktlösung aufgegriffen. „Gacaca“ bedeutet Rasen: Dort regelten ältere, weise Personen Konflikte. Hatte jemand gegen gesellschaftliche Regeln verstoßen – dies betraf niemals Mord – sollte die Person ihre Fehler erkennen, Wiedergutmachung leisten und der Frieden wiederhergestellt werden.



© Detlef Pietz

Das Gesetz zu den Gacaca-Verfahren wurde 2001 erlassen und nach drei Jahren modifiziert. Gacaca soll der Wahrheitsfindung, der Gerechtigkeit, dem Kampf gegen die Straflosigkeit und der nationalen Versöhnung dienen. Die Taten wurden 2004 in drei Kategorien eingeteilt und die Verfahren verschiedenen Verwaltungsebenen zugeordnet. Prozesse der Kategorie 1: Planer und Organisatoren werden von normalen Rechtsinstanzen, jene der Kategorie 2: Totschlag, Körperverletzung mit Todesfolge auf Ebene der Sektoren und Kategorie 3: materielle Schäden und kriminelle Akte ohne Mordabsicht werden auf der niedrigsten Verwaltungseinheit, den Zellen, durchgeführt. Neun Laienrichter, als ehrenwerte Personen (Inyangamugayo) von der Bevölkerung gewählt (ca. 30 Prozent Frauen), leiten die Verfahren. Bei Gacaca soll die gesamte Bevölkerung der Region beteiligt werden. Daher werden die Verhandlungen öffentlich geführt.

Drei Jahre dauerte die Sammlung der Informationen und die Formulierung der Anklagen. Insgesamt gibt es 9.013 Gacaca-Sitze in den Zellen und 1.545 Sitze in den Sektoren. 2005 begannen Pilotverfahren, seit Juli 2006 werden die Verfahren landesweit durchgeführt. Da während der Pilotphase oft nicht mindestens 100 Personen an den Verhandlungen teilnahmen, wird heute bei Nichtteilnahme mit Strafe gedroht. So ist die Anzahl der Anwesenden stark gestiegen, aber nur wenige nehmen an den Debatten teil. Motive sind: Mangel an Vertrauen in die Objektivität der Gacaca, Angst vor Repressalien oder selbst beschuldigt zu werden. Etwa die Hälfte der Anwesenden sind Frauen, die sich selten äußern. Tun sie es doch, fordern sie häufig offensichtliche Täter auf, sich ihrer Verbrechen zu bekennen. Überlebende melden sich selten zu

Wort und fordern meist, wie im Gacaca-Gesetz vorgesehen, keine materielle Entschädigung.

2006 stellt das zuständige Amt fest, dass voraussichtlich 717.942 Personen beschuldigt werden, davon gehören 63.000 Personen zur ersten Kategorie, 335.000 zur zweiten und die anderen zur dritten Kategorie. Von Juli bis Oktober 2006 wurden insgesamt 16.801 Fälle behandelt, 4.414 Personen erhielten zur Strafe gemeinnützige Arbeiten, 2.546 wurden freigesprochen, die anderen zu Gefängnisstrafen bis maximal 30 Jahren verurteilt, davon haben 2.081 Berufung eingelegt.

Bilanz

Die internationale Menschenrechtsorganisation „Anwälte ohne Grenzen“ (Belgien) stellt 2006 fest: Die gesetzlichen Regeln werden strenger eingehalten und die Leitung durch die ehrenamtlich tätigen Richter lässt nicht nur anklagende sondern auch entlastende Zeugenaussagen zu. Im Zweifelsfall gibt es auch Freisprüche. Die Urteile werden besser begründet und die Willkür hat nachgelassen.

Trotzdem gibt es Schwierigkeiten: Aussagen werden zur Urteilsfindung hinzugezogen, über die die Angeklagten nichts wissen. Angeklagte werden trotz offensichtlicher Schuld freigesprochen oder sie versuchen, das Verfahren durch Geldzahlungen zu beeinflussen. Kaum jemand klagt schuldige Verwandte oder Freunde an, denn diese müssen sie während der Haftzeit verpflegen.

Die Zahl der Täter, die um Verzeihung bitten, ist gering. Ein Geständnis dient häufig dazu, aus dem Gefängnis entlassen zu werden. Viele, die unschuldig sind, aber verurteilt wurden, fühlen sich ungerecht behandelt.

Traditionelle Gerichtsbarkeit soll zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung führen.

Viele Überlebende haben das Gefühl, dass ihre Leiden sowie die menschlichen und materiellen Verluste nicht anerkannt werden. Wenn Überlebende über Massaker berichten, brechen andere oft in beleidigendes Gejohle aus.



Dr. Hildegard Schürings
ist Erziehungswissenschaftlerin und
entwicklungspolitische
Beraterin.

Zwischen 250.000 und 500.000 Mädchen und Frauen wurden vergewaltigt, etwa Zweidrittel mit HIV infiziert. Um diese Frauen zu unterstützen, hat das Gacaca-Gesetz die Möglichkeit geschaffen, dass die Frauen in einer geschlossenen Sitzung darüber berichten. Da Sexualität in Ruanda ein Tabu ist, wird dieser besonderen Situation meist nicht Rechnung getragen, so dass Vergewaltigung oft ungesühnt bleibt.

Die Suche nach Wahrheit

Es gibt Fälle, in denen be- oder entlastende Zeugenaussagen missachtet werden. Manche Zeugen haben die Beschuldigten nicht selbst gesehen, da sie sich vor den Mördern verstecken mussten. Sie bezeugen Vorfälle, von denen sie nur über Dritte wissen. So gibt es falsche Zeugenaussagen oder Zeugen werden beschuldigt und befinden sich plötzlich in der Rolle der Angeklagten. Dies führt zu Vertrauensverlust in die Korrektheit der Verfahren.

Nach 12 Jahren ist es für Überlebende sehr schwierig, über das Erlebte öffentlich zu berichten. Eines der größten Probleme ist die physische Sicherheit der Überlebenden. Sie fürchten zum Beispiel, durch Menschen, die ihre Schuld gestanden haben und aus dem Gefängnis entlassen wurden (ca. 50.000), ermordet zu werden. Mehrere Dutzend Personen, Gacaca-Rich-

ter und Zeugen, wurden bereits getötet. Viele Überlebende haben das Gefühl, dass ihre Leiden sowie die menschlichen und materiellen Verluste nicht anerkannt werden. Wenn Überlebende über Massaker berichten, brechen andere oft in beleidigendes Gejohle aus. Zunehmend weniger Überlebende setzen sich diesen demütigenden Verfahren aus, denn Täter und Überlebende leben nach der „Wahrheitsfindung“ weiterhin nebeneinander. Viele zögern auszusagen, da die Verbrechen, die während des Bürgerkrieges und danach durch die Ruandische Patriotische Front begangen wurden, kein Thema sind.

Gacaca sollte dazu führen, dass die Verfahren für ca. 100.000 Gefangene möglichst schnell abgewickelt werden. Inzwischen belaufen sich die Schätzungen der Schuldigen auf ein Mehrfaches. Angst, Hass und Misstrauen beherrschen die Verfahren und tragen zurzeit wenig zur Versöhnung bei. Trotzdem kann man davon ausgehen, dass die große Mehrheit „nie wieder ein 1994“ will, aber Versöhnung braucht noch mindestens eine Generation, wenn nicht mehr.

Quellen

www.inkiko-gacaca.gov.rw
www.minijust.gov.rw
www.penalreform.org

Mühlen der Justiz

Der internationale Strafgerichtshof für Ruanda in Arusha, Tansania

Joseph Ngarambe

Um die Verbrechen des Genozids zu ahnden, wurde am 8. November 1994 der Strafgerichtshof ICTR mit der Resolution 955 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegründet. Die internationale Gemeinschaft wollte damit zum nationalen Aussöhnungsprozess in Ruanda und zur Friedenssicherung in der Region beitragen. Der Sitz des Tribunals ist Arusha (Tansania).

Der ICTR setzt sich aus drei Organen zusammen:

- **Vier Kammern erster Instanz und eine Berufungskammer:** 18 unabhängige Richter haben in diesen Kammern ihren Sitz, d. h. drei Richter pro Kammer erster Instanz und fünf Richter in der Berufungskammer. Die Richter werden von der Generalversammlung der Vereinten Nationen für ein erneuerungs-

fähiges Mandat von vier Jahren gewählt. Der Vorsitzende der ersten Kammer, der Richter Erik Mose (Norwegen), ist gleichzeitig Präsident des ICTR.

- **Die Staatsanwaltschaft:** Das Anklagebüro ist zuständig für die Untersuchungen und Verfahren. Die Abteilung für Untersuchungen besteht aus Arbeitsgruppen, die Beweise gegen vermutete Straftäter von 1994, deren Anklagen in die Zuständigkeit des Tribunals fallen, sammeln. Diese Abteilung hat ihren Sitz in Kigali. Seit September 2003 ist Hassan Bubacar Jallow aus Gambia Staatsanwalt des ICTR.

- **Das Sekretariat:** Es ist für das Management des Tribunals zuständig und unterstützt die Kammern und den Ankläger. Das Sekretariat erfüllt außerdem Funktionen, die ihm in der

Verfahrensregelung und Beweisführung zugeteilt sind und ist gleichzeitig die Kommunikationszentrale des Tribunals. Seit März 2001 ist Adama Dieng (Senegal) Chefsekretär des ICTR.

Die Kompetenzbereiche des ICTR beziehen sich auf die Art des Verbrechens (Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Vergewaltigungen) und den Zeitraum (zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 1994) und auf persönliche sowie örtliche Referenzbereiche (Verbrechen, die von Ruandern auf dem eigenen und dem Staatsgebiet der Nachbarländer verübt wurden sowie Straftaten von nicht-ruandischen Staatsbürgern in Ruanda).

Das Budget des ICTR wird von der Staatengemeinschaft erbracht und beläuft sich für die Jahre 2006 und 2007 auf 250,5 Millionen US-Dollar. In den verschiedenen Organen des ICTR sind 800

Mitarbeiter aus mehr als 80 Nationen tätig.

Bilanz

Bis heute hat das ICTR 33 Urteile gesprochen: 28 Verurteilungen und fünf Freisprüche. Nur 17 Personen wurden endgültig, teilweise nach Berufungsverfahren, verurteilt, ihre Strafen belaufen sich zwischen sechs Jahren bis lebenslanglich. Die letztinstanzlich Verurteilten müssen ihre Strafen in Ländern, die mit dem ICTR eine ad hoc Konvention vereinbart haben, abbüßen. Heute befinden sich nur im westafrikanische Mali sechs UNO-Häftlinge, u. a. der ehemalige Premierminister Jean Kambanda und der ehemalige Präfekt von Kibuye, der Arzt Clément Kayishema. Andere bekannte Persönlichkeiten, die rechtskräftig verurteilt sind, warten auf die Verlegung in Gefängnisse, z.B. die ehemaligen Minister Eliézer Niyitegeka und Emmanuel Ndinabahizi, der Journalist

Georges Ruggiu (belgisch-italienischer Herkunft) von „Radio Télévision des Mille Collines“ - RTLM und der zweite Vize-Präsident der Interahamwe, die Miliz der MRND, Partei des ehemaligen Präsidenten Habyarimana, Georges Rutaganda.

Einige in erster Instanz verurteilten „großen Fische“ sind in Berufung gegangen und erwarten das Urteil: Professor Ferdinand Nahimana (lebenslänglich) und Jean-Bosco Barayagwiza (36 Jahre Freiheitsentzug), beide Vertreter der extremistischen Hutu-Ideologie und Verantwortliche von RTLM, außerdem Hassan Ngeze (lebenslänglich), Herausgeber der auf traurige Weise berühmten gewordenen Zeitschrift Kangura.

25 Angeklagte sind zurzeit in erster Instanz vorgeladen, elf Angeklagte warten auf die Prozessöffnung. Unter den Angeklagten sind mehrere „große Fische“, so

zum Beispiel Oberst Théoneste Bagosora, der als Hauptverantwortlicher des ruandischen Völkermordes betrachtet wird, und seine Mitstreiter General Gratien Kabiligi, Oberst Anatole Nseniyumva und Aloys Ntabakuze. Ihr Prozess, „Military 1“ genannt, ist fast beendet. Im Prozess „Military 2“ wurde die Anklage abgeschlossen.

Zu den fünf Freigesprochenen gehören Persönlichkeiten wie André Ntagerura, ehemals Alterspräsident der Regierung, der ehemalige Minister André Rwamakuba und der ehemalige Präfekt von Cyangugu, Emmanuel Bagambiki.

Der ICTR rechnet damit, die Verfahren bis zu seiner Schließung (2008 für die erste Instanz und 2010 die Berufung) für 65 bis 70 Personen durchzuführen. Es wird noch nach 18 Personen gefahndet, z. B. nach Félicien Kabuga, von dem man annimmt, er habe

RTLM finanziert, mehreren Milizen sowie Major Protais Mpiranya, ehemaliger Kommandant der Präsidentengarde.

Kritik am ICTR

Selbst wenn viele Kenner die Verbesserungen der letzten Jahre im operativen Bereich anerkennen, sind sie im Hinblick auf die in einer begrenzten Zeit noch zu erledigenden Aufgaben eher skeptisch. Die Strategie des Tribunals besteht darin, auf Schuldbekennnisse zu bauen, was sicher im Interesse der Angeklagten und des ICTR ist, aber nicht bei allen Zustimmung findet. Einige Kritiker beklagen, dass diese Verfahren auf Kosten der Wahrheit stattfinden, da es auf diese Weise in fünf von sechs Fällen zur ProzessEinstellung kommen könne. Andere kritisieren die fehlende Gerechtigkeit, die Anerkennung von Schuld sei durch die Angst beeinflusst, in Ruanda abgeurteilt zu werden.

Weitere Kritikpunkte sind die geringe Anzahl der Verfahren im Vergleich zu den sehr hohen Kosten, die vergleichsweise luxuriösen Haftbedingungen der Gefangenen, die im herben Kontrast zu dem Elend der meisten Opfer stehen, die Tatsache, dass der ICTR keine Entschädigung der Opfer vorgesehen hat, sowie dass kein Mitglied der Präsidentengarde verhaftet wurde, die oft als Hauptverantwortliche des Genozids und der Massaker bezeichnet werden.

Es gibt auch Stimmen, die sicher bestimmte Interessen verfolgen und daran erinnern, dass die Verbrechen der RPF bis heute unbestraft blieben, obwohl der ICTR Untersuchungen durchgeführt hat. Der ICTR sei auf dem besten Wege, eines seiner Ziele, nämlich „die nationale Aussöhnung in Ruanda“ und die „Stabilisierung des Friedens in der Region“ zu verfehlen. Diese Kritik hat seit November 2006 mit den durch den französi-

Psychosoziale Unterstützung der Zeugen

Kathrin Groninger

Um die demokratische Entwicklung zu fördern, unterstützt der Zivile Friedensdienst (ZFD/DED) mit einer Vielzahl von Aktivitäten und in Zusammenarbeit mit lokalen Strukturen den Friedens- und Versöhnungsprozess in Schulen, Jugendzentren, Gedenkstätten sowie während der Gacaca-Prozesse.

Seit November 2005 kooperiert der ZFD mit „IBUKA – Erinnere Dich!“, dem Dachverband von Nichtregierungsorganisationen (NRO), die Überlebende des Genozids unterstützen, und der NRO KANYARWANDA. Insbesondere für die Zeugen, meist zugleich Überlebende des Genozids, sind die detaillierten Berichte über die Verbrechen mit schmerzhaften Erinnerungen und mit einem wiederholten Durchleben des 1994 erlittenen Traumas verbunden. Sie versuchen oft sich den Zeugenaussagen zu entziehen, um sich vor weiterer psychischer Belastung zu schützen. Einige

hatten aber doch den Mut über das Erlebte auszusagen und garieten dabei in eine schwere psychische Krise, die manchmal andere Anwesende mitreißen kann: Schreien, zittern, aggressives Umsichschlagen, körperliche Starre bis hin zu Ohnmachtszuständen, die über mehrere Stunden bis Tage anhalten können.

Um diesen Menschen zu helfen, werden sie durch das Projekt psychosozial betreut. Zu Beginn wurden zwölf „Traumaberater“ gezielt im Bereich der psychosozialen Betreuung während der Gacaca-Prozesse ausgebildet. Diese so genannten „Conseillers en traumatisme“ verfügen über eine spezielle einjährige Ausbildung zur Traumabearbeitung und über zum Teil langjährige Erfahrung im Umgang mit traumatisierten Menschen.

Um die betroffenen Menschen während der Gerichtsverfahren zu erreichen, werden die im Laufe der letzten Jahre von verschiedenen Organisationen ausgebil-

deten „Assistenten für psychosoziale Arbeit“ einbezogen. Diese wurden im Bereich „Krisenintervention und psychosoziale Betreuung“ fortgebildet. Die Assistenten arbeiten in einem Team unter fachlicher Betreuung eines Traumaberaters in ihrem Distrikt. Sie besuchen die Gacaca-Prozesse auf den Hügeln und helfen Zeugen, sich auf die Aussagen während der Verfahren vorzubereiten. Sie begleiten diese während der Prozesse und kümmern sich um psychische Krisen. Inzwischen arbeiten 18 Traumaberater und 288 Assistenten im Projekt.

Vertrauen, sich helfen und anderen helfen und der Aufbau sozialer Beziehungen und Bindungen sind ein wesentliches Element der Arbeit. Die Netzwerkbildung stärkt nicht nur strukturell die Kapazitäten der psychosozialen Arbeit, sondern verbessert vor allen Dingen den Kommunikations- und Wissenstransfer zwischen Hilfeleistenden und Hilfesuchenden.

Die die Gacaca-Verfahren begleitenden Gespräche eröffnen einen Raum zur friedlichen Auseinandersetzung mit den eigenen schmerzhaften Erinnerungen und mit den aktuellen sozialen und politischen Konflikten. Es treten aber auch die Grenzen des Verfahrens zu Tage: Rechtssprechung stellt nicht gleich wieder Gerechtigkeit oder gar Versöhnung her. Viele Menschen sind deshalb frustriert. Sie sehen, wie sehr der ethnische Konflikt die Gesellschaft weiter spaltet und wie mühsam der Weg zur Versöhnung bleibt. Auch die Mitarbeiter im Projekt sind nicht frei davon, nicht selbst Teil des Konfliktes zu werden und implizit oder auch explizit ethnische Identifikationen zu verstärken.

www.ded.de; ruanda.ded.de
www.ziviler-friedensdienst.org
 E-Mail: rwa@ded.de

Kathrin Groninger, Diplom-Psychologin, ist seit 2005 für den ZFD/DED in Ruanda tätig. Das Projekt wird von IFA-Zivik gefördert.

schen Anti-Terror-Richter Jean-Louis Bruguière erlassenen Haftbefehlen gegen neun wichtige Personen aus dem direkten Umfeld des Präsidenten Kagame eine

noch größere Tragweite bekommen. Somit kommt der ICTR voraussichtlich in erhebliche Schwierigkeiten, das umstrittene Vorhaben, einige Häftlinge und Ankla-

geschriften nach Ruanda zu überführen, umzusetzen.

Joseph Ngarambe ist seit 1996 Experte und Consultant des ICTR (Staatsanwaltschaft) und Mitautor des Buches:

Jean-Pierre Chrétien (Hg.) u.a., Rwanda. Les médias du génocide. Paris, Karthala, 1995

www.ictr.org; www.hirondelle.org

Fragen über Fragen

Imbuto – Versöhnungsarbeit mit Jugendlichen



© H. Schürings

Bisesero Grabstätte – ein junger Überlebender legt Zeugnis ab.

Von Johanna Janusch, Sang-Min Park und Hildegard Schürings

Der Genozid ist immer präsent, in den Reden der Politiker, in den Medien, durch die jährlichen Gedenkfeiern, die Gacaca-Verfahren, die hohe Zahl der Waisen und Witwen. Viele junge Menschen in Ruanda und im Exil stellen sich existentielle Fragen nach dem Warum, wer sind die Schuldigen, wer die Opfer, wie richten, wie gedenken, wie vergeben, was ist meine Identität? Imbuto e.V. fördert Friedensarbeit in der Region der Großen Seen und Europa. Der Autor und die Autorinnen sind Mitglieder der Organisation.

Redaktion

Ist ein Leben nach dem Tod möglich?“ fragt Jean de Dieu, Student der Nationalen Universität Ruanda, dessen Eltern und zwei Geschwister 1994 ermordet wurden. Es ist die Frage nach dem Sinn des Lebens und wie eine lebenswerte Zukunft möglich ist. Die jungen Leute wollen nicht immer an die Vergangenheit erinnern werden. Sie wollen nach

vorne schauen, von anderen lernen, zum Beispiel was haben die Deutschen nach dem Holocaust getan, wie wurden die Verbrechen geahndet, wie kann es zu Versöhnung kommen?

Imbuto e.V. führt seit einigen Jahren Seminare mit jungen Leuten aus und in Ruanda zu diesen Themen durch. 2003 und 2005 haben wir mit Jugendgruppen in Ruanda internationale Begegnungsprogramme organisiert. Wir hören einander zu, wir begleiten den jungen Harelimana vom Verein „Tuzabeho ejo – Wir werden leben“ zur Grabstätte seines Vaters und der von etwa 50.000 Ermordeten in Bisesero. Zeugnis ablegen heißt, Unrecht anerkennen, den Toten ihre Würde wiedergeben, indem man ihnen Ehre erweist. So pflegen die jungen Leute aus Europa und der Verein MEMOS in Kibuye gemeinsam ein Massengrab.

Danach sprechen wir über Möglichkeiten des Dialogs zwischen Kindern von Opfern und Kindern von Tätern, darüber, wie die jüdische Bevölkerung in Europa ausgrenzt und vernichtet wurde.

Wir berichten, wie heute an sie erinnert wird, welch ein Verlust an Menschlichkeit dies für die Deutschen bedeutet, wie Eltern und Großeltern sich dazu verhielten, wie Überlebende das neue Leben gestaltet haben, und wie Staat und Zivilgesellschaft heute mit Leugnern und Rassisten, mit Nazis umgehen.

Auch mit Studierenden der Klinischen Psychologie an der Nationalen Universität Butare (AEPSCM) diskutieren wir: Konzepte von Trauma und mentaler Gesundheit in der ruandischen Gesellschaft. Aber wie kann man damit leben, wie die Zukunft gestalten? Alle wissen, dass die Wünsche für eine friedliche Zukunft erst wahr werden, wenn die Vergangenheit bewältigt wird. Das heißt, wenn der Toten gedacht, Trauer zugelassen und die Konflikte durch Dialog aufgearbeitet werden.

„Die Ruander müssen erkennen, dass sie ein Volk sind – es gibt keine unterschiedlichen Ethnien und keine unterschiedlichen Klassen“, sagt Peter von MEMOS. Damit Trauern nicht erneut Traumata auslöst, muss auch Gedenkarbeit gelernt werden. Wie kann man den in Massengräbern verscharrten Menschen ihre Identitäten zurückgeben? Wie das Unbeschreibliche in Worte fassen? Die Studenten arbeiten mit Kindern, die durch die schrecklichen Erlebnisse mit Anspannung, Schlaflosigkeit, Angst und Albträumen reagieren. „Wir erzählen ihnen, dass sie nicht krank sind, sondern dass schlechte Träume und psychische Zusammenbrüche normale Reaktionen auf ein unnormales Ereignis sind“, so der Vertreter der Fakultät für Klinische Psychologie.

Wie kann die Übertragung von Konflikten auf die nächsten Generationen verhindert werden? Zentrale Begriffe wie „Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit, Vergebung, Verzeihung und Versöhnung“ stehen im Mittelpunkt. Vergebung und Versöhnung – bedingt das eine das andere? Was ist mit der Forderung nach Wahrheit und Aufklärung? Wird Gerechtigkeit die Trauer mindern? Die Gefängnisse sind überfüllt, die Mühlen der Justiz überlastet. Doch jeder soll seinen Prozess bekommen, damit den Opfern und Hinterbliebenen wenigstens auf diese Weise Gerechtigkeit zukommt. Vielleicht ist ein Leben nach dem Tod dann möglich?

Überall in Ruanda treffen wir junge Menschen, Jugendgruppen und Vereine, die viele Fragen stellen, auf die Antworten so schwer zu finden sind. Der Austausch mit ruandischen Jugendlichen aus Europa wird von allen als sehr anregend erfahren, sie wollen mehr wissen, aus anderen Blickwinkeln, andere Erfahrungen, lernen, diskutieren, Fragen über Fragen. Wann kommt Ihr wieder? Béata, Cathérine und Fidèle kehren zurück in ihre neue Heimat im Exil: „ja, wir haben ein bisschen den inneren Frieden wieder gewonnen“, der ist notwendige Voraussetzung, um Zukunft gestalten zu können.

Die Projekte wurden von Jugend für Europa und IFA-ZIVIK des Auswärtigen Amtes gefördert: <http://cms.ifa.de/foerderprogramme//was-wurde-gefordert/good-practice/ruanda-und-deutschland-imbuto-e-v>

Imbuto e.V.: Für Frieden und Versöhnung – Jugendbegegnungen in Ruanda 2003, CD-Rom, Bezug: imbuto@imbuto.de

Weiterhin beklagenswert

Auf und Ab der Menschenrechte

Von Sebastian Günther

Laut Freedom House Index gilt Ruanda als praktisch unfrei, die Meinungs- und Pressefreiheit ist stark eingeschränkt. Auch internationale Organisationen sind betroffen.

Nach den schwersten universell anerkannten Menschenrechtsverletzungen 1994 hatte sich die Lage in Ruanda im Rahmen des Wiederaufbaus zunächst verbessert. Polizei und Militär, straff organisiert, sicherten die physische Sicherheit. Eine neue Verfassung trat 2003 in Kraft, welche sich auf den Schutz der Menschenrechte bezieht. Eine Menschenrechtskommission wurde gebildet, die unabhängige Organisationen mit einschloss. Auf Teilgebieten wie der politischen Partizipation von Frauen entwickelte sich die Lage positiv. So haben in Ruanda Frauen den weltweit höchsten Anteil im Parlament: 48 Prozent.

Der als positiv eingeschätzten Transition Ruandas nach dem Genozid hin zu stabilen Verhältnissen stehen einige sehr bedenkliche Entwicklungen im Bereich der Menschenrechte gegenüber. So stuft der Freedom House Index 2006 die politischen Rechte und die bürgerliche Freiheit in Ruanda mit sechs bzw. fünf Punkten ein (von sieben möglichen, eins wäre der beste Wert). Auch die Meinungs- und Pressefreiheit in Ruanda wird von „Reporter ohne Grenzen“ als sehr kritisch beurteilt; das Land rangiert nach dem Press Freedom Index 2006 auf Platz 128 von 168 Ländern, seit 2003 mit absteigender Tendenz. Internationale Menschenrechtsorganisationen und Regierungen kritisieren die Situation in Ruanda, insbesondere in den Bereichen politische Teilhabe, Presse- und Meinungsfreiheit sowie Justizwesen und zivilgesellschaftliches Engagement.

Erschreckende Entwicklung

Die Defizite lassen sich nicht zuletzt auf verschiedene politische Maßnahmen seitens der ruan-

dischen Regierung zurückführen. So haben sich laut Aussagen und Berichten von Amnesty International und Human Rights Watch insbesondere das Gesetz gegen „Divisionismus“ (Spaltung der Gesellschaft) aus dem Jahr 2002 und die Ergebnisse einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Verbreitung einer „Ideologie des Völkermordes“ negativ auf die Achtung der Menschenrechte ausgewirkt. Das „Divisionismus-Gesetz“ fand im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Herbst 2003 Anwendung, als die größte Oppositionspartei MDR verboten wurde. Die Regierung warf der MDR vor, ein Programm der ethnischen Spaltung zu betreiben. Der ehemalige ruandische Präsident Pasteur Bizimungu wurde verhaftet und zu 15 Jahren Haft verurteilt, nachdem er aus der Regierungspartei (RPF) austrat und bekannt gab, eine eigene Partei gründen zu wollen.

Der Bericht der Parlamentskommission zur „Verbreitung einer Völkermord-Ideologie“ klagte zahlreiche ruandische Einzelpersonen, Institutionen (Schulen und Kirchen) und zivile Organisationen an, darunter internationale wie CARE International, Trocaire oder Norwegian's People Aid. Die Aktivitäten von LIPRODHOR (Ligue Rwandaise pour la Promotion et la Défense des Droits de l'Homme), der größten regierungsunabhängigen Menschenrechtsorganisation des Landes, kamen zum Erliegen. Einige Mitglieder flüchteten aus Angst vor Verfolgung. Andere Organisationen übten Selbstzensur um weiterhin bestehen zu können.

Ebenso war die Presse- und Meinungsfreiheit von dieser Entwicklung betroffen, nachdem ein striktes Pressegesetz laut „Reporter ohne Grenzen“ im Jahr 2002 den Spielraum für Journalisten stark eingeschränkt hatte. Betroffen von dieser Entwicklung



Kigali-Büro des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda (ICTR)

war im März 2002 der Direktor der Zeitschrift „Ubuntu“ und Aktivist für Versöhnungsarbeit, Laurien Ntezimana, der mit seinem Chefredakteur verhaftet wurde. Die regierungskritische und unabhängige Zeitung UMUSESO wurde auf „richtigen“ Kurs gebracht. Die Zeitung hatte wiederholt über Machtmissbrauch, Korruption und staatliche Willkür berichtet. Schließlich führte das Erscheinen des Berichts der Parlamentskommission 2004 zu einer weiteren Einschränkung der Pressefreiheit. Zahlreiche Journalisten flohen ins Ausland, und Zeitungen versuchten, ihr Erscheinen durch Selbstzensur zu sichern. Auch internationale Medien wurden in dem Bericht der Kommission genannt und sahen sich zahlreichen Restriktionen ausgesetzt.

Ausblick

Der Bericht der Europäischen Wahlbeobachtermission von 2003 stellt fest: „Die Bezeichnung des Separatismus und Divisionismus, beides schwerwiegende Vorwürfe im ruandischen Kontext, hatte die Tendenz als Argument benutzt zu werden, um die Redefreiheit der politischen Opposition während des Wahlkampfes einzuschränken.“

Darüber hinaus drückt der Bericht die Besorgnis darüber aus, dass die Gesetze gegen „Spaltung der Gesellschaft“ zu einer Hexenjagd auf oppositionelle Gruppen führen könnten. Menschenrechtsorganisationen sehen diese Befürchtungen bestätigt; insbesondere durch den Parlamentsbericht von 2004 ist die Arbeit nationaler Menschenrechtsorganisationen stark eingeschränkt worden. Auch die Implementierung von Menschenrechtsnormen in Abkommen zur bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit europäischen Geberländern blieb laut Bericht des Europäischen Netzwerks von Nicht-Regierungsorganisationen EurAc im Dezember 2005 ohne positive Folgen für die als angespannt bezeichnete Menschenrechtslage.

Sebastian Günther ist Student der Politikwissenschaft, Geographie, Friedens- und Konfliktforschung, Marburg.

Chronologie

Ca. 1500 Entstehung mehrerer Reiche in der Region der Großen Seen

1884/85 Berliner Konferenz: Europäer teilen den afrikanischen Kontinent unter sich auf

1907 Errichtung der deutschen Residentur in Kigali durch Richard Kandt und Unterstützung des Herrschers Musinga und seiner Mutter Kanjogera

1923 Belgien erhält vom Völkerbund das Mandat über Ruanda und Burundi, Beginn der Neustrukturierung der Gesellschaft

Ab 1945 Treuhandgebiet der Vereinten Nationen

1959 „Soziale Revolution“, blutige Auseinandersetzungen, viele Tutsi flüchten in Nachbarländer

1962 Dominique Mbyonyumutwa, dann Grégoire Kayibanda Präsident der Ersten Republik

1.7.1962 Ruanda erlangt seine Unabhängigkeit

1972 Massaker gegen die Bevölkerung der Hutu in Burundi

1973 „ethnische“ Auseinandersetzungen in Ruanda, Staatsstreich des Generals Juvénal Habyarimana, 2. Republik

1975 Gründung der Einheitspartei: Mouvement Révolutionnaire National pour le Développement – MRND

1.10.1990 Angriff der Ruandischen Patriotischen Front (RPF – Inkotanyi) von Uganda aus

1991 Einführung eines Mehrparteiensystems; Ermordung von zahlreichen Zivilpersonen, Politikern und Tutsi, der Krieg wird weitergeführt, 1993 ca. 1 Millionen Vertriebene innerhalb Ruandas

4.8.1993 Friedensvertrag von Arusha, Tansania; die beschlossene Übergangsregierung und Machtteilung zwischen den Konfliktparteien werden nicht umgesetzt

21.10.1993 in Burundi Ermordung des ersten demokratisch gewählten Präsidenten Melchior Ndaye, ein Hutu

6.4.1994 Abschuss des Flugzeugs mit den Präsidenten J. Habyarimana, Cyprien Ntaryamira, hohen Militärs und der französischen Equipage

7.4.1994 die Premierministerin Agathe Uwilingiyimana und hohe Würdenträger werden von der Präsidentengarde ermordet. Der Krieg zwischen RPF und ruandischem Militär wird fortgesetzt, Jugendmilizen (Interahamwe) und Militär ermorden Tutsi und oppositionelle Hutu. Alle Ausländer verlassen das Land, das Kontingent von 2.500 Blauhelmsoldaten wird reduziert, 450 Soldaten verbleiben, die internationale Gemeinschaft lässt wesentlich einen Genozid geschehen

19.7.1994 die RPF gründet die 3. Republik

1996 Zerstörung der Flüchtlingslager in Zaire

1997/98 Angriffe von ehemaligen ruandischen Militärs aus der Demokratischen Republik Kongo (früher Zaire) und Repressalien der ruandischen Armee gegen die Bevölkerung im Nordwesten Ruandas

2000 Präsident Pasteur Bizimungu tritt zurück und wird verhaftet

2002 Abkommen zwischen dem Kongo und Ruanda über Demobilisierung ruandischer Milizen und Rückzug der ruandischen Truppen aus dem Kongo

2003 Abstimmung über eine neue Verfassung, Wahl des Präsidenten Paul Kagame und des Parlamentes

2006 Wahlen im Kongo, im Oktober wird Joseph Kabila zum Präsidenten gewählt

Zusammengestellt von H. Schürings.

Medienspiegel

Allgemeine Informationen

www.gov.rw
www.rwandagateway.org
www.eurac-network.org
www.grandslacs.net
www.ua.ac.be/main.aspx?c=.GRALACF

Menschenrechte

www.amnesty.org
www.asf.be
www.hrw.org
www.fidh.org
www.ldgl.org
www.liprodhor.org.rw
www.ohchr.org
www.swisspeace.org

Genozid

www.kigalimemorialcentre.org
www.aegitrust.org
http://cec.rwanda.free.fr
www.survivors-fund.org.uk
www.womenwarpeace.org
weitere links: www.imbutonet

Ausgewählte Filme

Nkundira umwana! Liebt das Kind, Abiyubaka Forum, 15min., ZFD/DED, Ruanda 2007. Frauen spielen die Situation in der Familie. Sie zeigen die Schwierigkeiten mit den „Kindern des Krieges“, die nach den Massenvergewaltigungen des Genozids geboren wurden. Bezug: rwa@ded.de

Die Kinder des Gatarayiha, Ruanda 2003, Steffen Düvel, 60 min. Der Film schildert die Lebenssituation von Waisenkindern. Bezug: Steffenduevel@gmx.de

„I have accepted“, Steffen Düvel, Waisen, Schüler, Studenten und eine Witwe, erzählen. Filmakademie Baden-Württemberg 2007. Bezug: Steffenduevel@gmx.de

Vergeben, Vergessen... und danach. Ruanda – 10 Jahre nach dem Genozid, DED/ ZFD, Mareile Zöllner, Pierrot Raschdorff, 45 min., 2004. Vier junge Leute werden zu ihren Zukunftsperspektiven interviewt. Bezug: MareileZoellner@web.de

Kigali, des images contre un massacre, 2006, Jean-Christoph

Klotz. Im April 1994 filmt der Journalist in einer Pfarrei in Nyamirambo, Kigali, die Angriffe von Milizen. Zehn Jahre später kehrt er zurück, auf der Suche nach Überlebenden.
www.sddistribution.fr

Sometimes in April, Spielfilm, Raoul Peck, Ruanda 2004. Der Regisseur hat auch den Dokumentarfilm „Lumumba“ gedreht.

Shake Hands with the Devil – The Journey of Roméo Dallaire, kanadischer Dokumentarfilm, 2004. Aufarbeitung des Völkermords, mit Archivmaterial.

Ausgewählte Literatur

Jörg Calließ (Hg.): Zehn Jahre danach: Völkermord in Ruanda (Loccum Protokoll Nr. 11/04). Rehburg-Loccum 2005

Alison Des Forges, Human Rights Watch/Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme: Kein Zeuge darf überleben – Genozid in Ruanda. Hamburger Edition, 2002

Leonhard Harding: Ruanda – der Weg zum Völkermord. Vorgeschichte, Verlauf, Deutung. Hamburg: LIT-Verlag 1998

Jean Hatzfeld: Nur das nackte Leben. Berichte aus den Sümpfen Ruandas. Gießen: Psychosozial-Verlag – Haland & Wirth, 2004

Jean Hatzfeld: Zeit der Macheten. Gespräche mit den Tätern des Völkermordes in Ruanda. Gießen: Psychosozial-Verlag – Haland & Wirth, 2004

Véronique Tadjo: Der Schatten Gottes – Reise ans Ende Ruandas. Wuppertal: Peter Hammer Verlag, Wuppertal 2001

L'Afrique des Grands Lacs: Annales 1998-2003, S. Marysse, F. Reyntjens, Paris: L'Harmattan

Marie-Béatrice Umutesi: Surviving the Slaughter: The Ordeal of a Rwandan Refugee in Zaire. University of Wisconsin Press, 2004